// Das Magazin des Verbandes der Lehrkräfte an weiterführenden Schulen // #02 // Mai 2014

WEITBLICK

Aufbruchstimmung
beim VDR Nachwuchs

IZA-Studie
hohe Durchlässigkeit des deutschen Bildungssystemes

Inklusion
Sparmodell - Studium der Sonderpädagogik - Erfahrungsberichte

Debeka Versichern und Bausparen Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes

Jetzt staatliche Förderung sichern!

Egal, ob Sie fürs Alter vorsorgen, Steuern sparen oder Kapital für eine Immobilie aufbauen möchten – der Staat hilft dabei. Neu, seit dem Jahr 2013, ist die geförderte private Pflegevorsorge.
Behalten Sie den Überblick – Wir zeigen Ihnen Wege zu Ihrer staatlichen Förderung.

anders als andere

Geschäftsstellen im Saarland:

Homburg	(06841) 9204-0
Merzig	(06861) 93925-0
Neunkirchen	(06821) 29020-0
Saarbrücken	(0681) 9452-0
Saarlouis	(06831) 9405-0
St. Ingbert	(06894) 955896-0
St. Wendel	(06851) 93966-0

www.debeka.de

Debeka

INHALT

3 Editorial
4 **Aufbruchstimmung: Aufgestellt für die Zukunft**
5 Meister statt Master
8 **Stellt die Ausbildung vom Kopf auf die Füsse**
9 Vom VDR zum VRB
10 **Mitglieder-Werbe-Aktion**
11 Mülheimer Aufruf
12 Hohe Durchlässigkeit des Deutschen Schulsystems im Internationalen Vergleich
13 **Der Popanz der Bildungspolitik ist entzaubert**
Kritik an früher Differenzierung unberechtigt
14 Lehre kann nicht Ziel einer gymnasialen Oberstufe sein
15 **Renaissance der Realschule eher möglich als gedacht**
16 Als Sparmodell taugt Inklusion nicht
18 **Ausbildung für das Lehramt Sonderpädagogik**
20 Erfahrungsberichte: Inklusion
23 **Lob für Commerçon Realitätssinn beweisen**
24 Gebt uns die Realschule zurück
26 **Gesundheitsmanagement**
27 VDR Seniorenbeauftragte
28 **aus dem dbb**

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser

Erfolg des VDR: Inklusion verschoben!

Die Argumente des VDR haben überzeugt: Der Minister verschob die Einführung der Inklusion an Gemeinschaftsschulen aufs übernächste Jahr. Gut so! Dadurch gewinnt man Zeit, darüber nachzudenken, wie in Deutschland das zentrale Anliegen der UN - Konvention umgesetzt werden kann.
Angesichts der Tatsache, dass weltweit Millionen behinderter Kinder nicht zur Schule gehen dürfen und es sogar in Europa Länder gibt, die ihnen den Zugang zu Bildungseinrichtungen vorenthalten, garantiert Deutschland bereits im Grundgesetz: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden." Artikel 3 (3) und sichert durch sein differenziertes Förderschulsystem allen behinderten Kindern ein uneingeschränktes Bildungsrecht. Darüber hinaus wurden und werden schon immer Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen unterrichtet. Zu welchen Problemen es dabei kommen kann, zeigen die Erfahrungsberichte ab Seite 20

IZA Studie beweist: Keine Beeinträchtigung der Zukunftschancen durch frühe Differenzierung

Dass das deutsche Bildungssystem gar nicht so schlecht ist, wie so oft behauptet, belegt auch eine aktuelle, englischsprachige Studie des „Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit" (IZA). Sie attestiert dem deutschen Schulwesen eine – auch im internationalen Vergleich – hohe Durchlässigkeit. Die Studie, die von Wirtschaftsprofessoren der Universität Hannover und des University College London erarbeitet wurde, basiert auf umfangreichen Zensus- und Sozialversicherungsdaten der Geburtsjahrgänge 1961 bis 1976. Untersucht hat man vor allem den Werdegang früherer Realschüler und Gymnasiasten. Die Autoren fanden zwischen diesen Schülergruppen langfristig keine Unterschiede bei den erreichten Bildungsabschlüssen, der Beschäftigungsquote und dem Einkommen. (vgl. Seite 12)

Aus Abiturienten sollen Azubis werden – warum dieser Umweg?

Auch der Wissenschaftsrat, das wichtigste wissenschaftspolitische Beratungsgremium von Bund und Ländern, hat inzwischen erkannt, dass die Akademikerschwemme, auf die Deutschland zusteuert, in eine Sackgasse führt. Deshalb empfiehlt er den Gymnasien, ihre Schüler/-innen stärker auf Lehrberufe vorzubereiten. „Mehr Abiturienten in die Betriebe", so lautet das aktuelle Credo. Warum eigentlich? Warum soll ein künftiger Handwerker erst Abitur machen und dann mit mindestens 2 Jahren Verspätung seine Lehre beginnen? Warum sollen ausgerechnet die Gymnasien ihre Lehrpläne zugunsten einer verstärkten Berufsorientierung ändern und flächendeckend Praktika einführen, damit aus Abiturienten Azubis werden? Wäre es nicht viel sinnvoller, den dringenden Bedarf an qualifiziertem Nachwuchs für die duale Ausbildung wieder den Schulformen zu überantworten, die damit Erfahrung haben? (vgl. Seite 8)

Zurück in die Zukunft – Wiederentdeckung alter Werte

Studentenschwemme, hohe Abbrecherquote bei Studienanfängern, Mangel an Bewerbern auf dem Lehrstellenmarkt, Rückkehr zu G9, Ergebnisse der IZA Studie – all das zusammen wird über kurz oder lang eine Kehrtwende in der Bildungspolitik bewirken. Ich halte es für nicht ausgeschlossen, dass es zu einer Wiederbelebung der Realschule kommt. (vgl. Seite 15 und 24) Vielleicht unter anderem Namen, aber doch mit den spezifischen Qualitätsmerkmalen. Wer das kenntlich machen will, wäre allerdings gut beraten, auch den alten Namen wieder aufzugreifen, denn keine andere Bezeichnung für eine Schulform weist so unmissverständlich auf ihre Lehrinhalte hin und ist so wenig ideologisch belastet wie die Realschule. Nicht umsonst genießt sie nach wie vor hohes Ansehen in der Bevölkerung.

Ihre Inge Röckelein
05.05.2014

AUFBRUCHSTIMMUNG: AUFGESTELLT FÜR DIE ZUKUNFT II

VDR als Dach und Dienstleister bei der Vernetzung – aufgestellt für die Zukunft

Unter dem Motto „Aufgestellt für die Zukunft II – die zukünftige Entwicklung des VDR im Kampf für Bildungsqualität und differenzierte Bildungsangebote“ trafen sich am 4. und 5. April zu dieser jährlich wiederkehrenden Veranstaltung 16 Teilnehmer aus den Landesverbänden des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR) im hessischen Fulda.

Tanja Martin

Unter der Leitung des VDR-Bundesvorsitzenden Jürgen Böhm wurde zunächst die bildungspolitische Situation in den Bundesländern analysiert und die jüngsten Entwicklungen diskutiert. Bei diesem inhaltlichen Austausch zeigte sich sehr deutlich, dass es für die einzelnen Verbände hilfreich ist, beispielsweise die Auswirkungen

Karsten Vitz

so genannter „Bildungs-Reformen“ frühzeitig zu erfassen und diesen dadurch massiv entgegentreten zu können.

„Die Teilnehmer dieser Arbeitsgruppe begreifen den VDR als Dach und Dienstleister für die Unterstützung und Durchsetzung ihrer landesspezifischen Interessen. Diese sind durchaus vielfältig, jedoch durchgängig geprägt vom Einsatz für den Erhalt von Bildungsqualität und für differenzierte Schulangebote“, erklärt Böhm.

Geleitet von dieser Erkenntnis erarbeiteten die Teilnehmer verfeinerte Strategien zum Ausbau der Kommunikation und der Vernetzung zwischen den Landesverbänden. So setzen die VDRler zukünftig noch intensiver auf die Nutzung von Sozialen Netzwerken (https://www.facebook.com/GuteBildungRealeChancen) und Newsletter-Verfahren.

Neben der Vernetzung stellte die Arbeitsgruppe Forderungen auf, nach denen der Wirtschaftsstandort Deutschland nicht weiter durch unsinnige Schulstrukturreformen und der Entprofessionalisierung des Lehrerberufes gefährdet werden dürfe. Vielfalt in der Bildung bedeute vielfältige Chancen, hieß es aus Reihen der Teilnehmer.

„Mit dieser modernen Form der Verbandsarbeit kann der VDR bundesweit seine Schlagkraft erhöhen und die Kolleginnen und Kollegen unterstützen. Ich bin mir sicher, dass die guten Ideen aus Fulda dazu beitragen, auch die mediale Präsenz unserer Ziele zu verstärken und die Aufmerksamkeit der bildungspolitisch Verantwortlichen noch nachdrücklicher schärfen wird“, so Böhms Prognose.

VDR-Presseerklärung vom 07.04.2014 zur VDR-Tagung in Fulda

VDR
Sind Sie schon Mitglied?

MEISTER STATT MASTER...

VDR und ZDK diskutieren in Trier über Fragen schulischer und beruflicher Bildung

Seit 2009 tauschen sich der Deutsche Realschullehrerverband (VDR) und der Zentralverband des Deutschen Kraftfahrzeuggewerbes (ZDK) regelmäßig über aktuelle Entwicklungen in Schule und Unterricht sowie über Veränderungen in der gewerblichen und kaufmännischen Ausbildung im Automobilbereich aus. So hatte auch die nunmehr vierte gemeinsame Fachtagung vom 31. März bis zum 1. April d.J. Themen von beiderseitigen Interesse zum Gegenstand. Wichtige Punkte auf der Agenda waren die Auswirkungen einer zunehmenden Akademisierung beruflicher Ausbildungsgänge, die Folgen der aktuellen demographischen Entwicklung für Arbeitsmarkt und Ausbildungswesen und die Stärkung naturwissenschaftlicher Kenntnisse als Voraussetzung zur Bewältigung beruflicher Ausbildungsanforderungen. Als Tagungsort war die Stadt Trier ausgewählt worden, weil dort eines der bundesweit rund vierzig Projekte „Lernen vor Ort“ mit seiner beispielhaften Vernetzung von Bildungsakteuren hohe Erfolgsraten aufweist. Für den VDR Saar nahmen teil Marie-Gertrud Schackmann-Klein und Christian Roschel.

Den Morgen des ersten Veranstaltungstages nutzten die VDR-Tagungsteilnehmer zu einem Besuch bei der Volvo-Construction Equipment GmbH im nahe gelegenen Konz, um sich über die dortigen Ausbildungsstrukturen und –bedingungen vor Ort zu informieren. Trotz der zeitgleich angesetzten Kammerprüfungen in seinen Lehrwerkstätten gestattete es das Werk seinen Gästen, Einblicke in dessen Unternehmens- und Ausbildungsphilosophie zu gewinnen und das Auswahlprocedere für Schulabsolventen, die bei Volvo eine Ausbildung machen wollen, kennen zu lernen. Ein Einführungsreferat der „Human-Ressources“-Direktorin, Sabine Krümmel, machte die bedeutende Stellung des Konzer Werks als einem der global agierenden Hersteller von Baumaschinen und –fahrzeugen transparent. Das aus Schweden stammende Unternehmen sieht sich im Produktionsbereich hohen technischen, insbesondere sicherheitstechnischen Standards verpflichtet, ist durch eine ältere Vorgänger-Firma, die in der Volvo-Organisation aufgegangen ist, regional ausgezeichnet vernetzt und verfügt über vielfältige Kontakte zum Schulwesen in der unmittelbaren Nachbarschaft. Seine Auszubildenden aus dem gewerblichen Bereich bringen einen nicht-gymnasialen Schulabschluss der Sekundarstufe I, überwiegend den Realschulabschluss mit. Interessenten für kaufmännische Berufe gewinnt das Unternehmen durchgehend unter den Absolventen der allgemein bildenden und beruflichen Gymnasien. Sabine Krümmels Ausführungen waren Ausgangspunkt für eine lebhafte Diskussion von beruflichen Karriereverläufen, die sich zwischen einzelnen Bundesländern signifikant unterscheiden. Auch die Zeit nach einer erfolgreich abgeschlossenen Ausbildung nimmt Volvo früh in den Blick, indem es durch Weiterbeschäftigungszusagen die Beziehungen zwischen Werk und Mitarbeitern festigt und weiterentwickelt. Eine anschließende Werksführung entlang der Produktionslinien zeigte die

Teilnehmer/innen der ZdK Tagung in Trier, darunter Jürgen Böhm VDR Bundesvorsitzender: lks. außen; Marie- Gertrud Schackmann-Klein VDR Saar: lks. neben dem Führer, dahinter Christian Roschel VDR Saar

variantenreiche Produktpalette des Baumaschinenherstellers und ließ lediglich einen Wunsch aus Kindertagen offen, nämlich einmal selbst am Schaltpult eines richtigen Baggers sitzen zu dürfen.

Muss jeder studieren ...?

Das Programm des ersten Tages wurde in einem Trierer Autohaus mit einer Betriebserkundung fortgesetzt, bei der die Geschäftsleitung ausführlich ihr Konzept der Kundenorientierung vorstellte. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Servicebereich sind so geschult, dass sich bereits aus dem Erstkontakt zum Kunden eine möglichst präzise Fehler- und Wartungsdiagnose entwickeln lässt. Unter dem Motto „Von der Prozess- zur Kundenorientierung“ bemüht sich das Unternehmen auf diese Weise, überflüssige Service-Schritte oder einen unsinnigen Ersatzteil-Austausch zu vermeiden.

In einem Grundsatzreferat ging Professor Dieter Neumann von der Lüneburger Leuphana-Universität auf die Frage nach der ausufernden Akademisierung von Ausbildungsberufen und den daraus zu erwartenden Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft ein. Neumanns Analyse der voraussehbaren Entwicklungen machte deutlich, dass eine Gesellschaft, die in ihren übergroßen Bevölkerungsteilen aus Abiturienten und Akademikern besteht, rasch in ökonomische und soziale Schwierigkeiten geraten kann. Die gewerbliche Wirtschaft findet keine Auszubildenden mehr, Unternehmen verschwinden vom Markt oder verlassen mittelfristig den Standort Deutschland. Die Qualität höherwertiger Abschlüsse steht in der Gefahr zu sinken.
Selbst ein erfolgreiches akademisches Studium wird zukünftig nicht mehr vor Arbeitslosigkeit schützen, wenn es denn Diplome, Bachelor- und Masterabschlüsse inflationär verliehen werden.

In einem zweiten Vortrag setzte sich Dr. Regina Flake vom Kölner Institut der Deutschen Wirtschaft mit eben dieser von Neumann anskizzierten Entwicklung auseinander und listete Wege und Mittel auf, mit denen die deutsche Wirtschaft dieser Situation entgegentritt. So bemühen sich deutsche Unternehmen zunehmend um Mädchen und Frauen, um sie für sog. „Männerberufe“ zu interessieren. Die Wirtschaft und ihre Dach-Organisationen starten Projekte um Jugendliche mit Migrationshintergrund für anspruchsvollere berufliche Ausbildungsgänge zu gewinnen und gestalten Arbeitsverhältnisse so aus, dass attraktive Bedingungen wie die Übernahme in ein festes Beschäftigungsverhältnis nach erfolgreicher Ausbildung die Bindung zwischen Unternehmen und Mitarbeiter festigen.

Anschauliche Vorträge über strukturelle Innovationen wie die „Realschule Plus“ in Rheinland-Pfalz mit ihrem Alleinstellungsmerkmal „Fachhochschulreife“, dargestellt durch den Stellvertretenden VDR-Bundesvorsitzenden Bernd Karst, sowie weitere Vorstellungen von Ausbildungswegen und –projekten des Kraftfahrzeuggewerbes durch die Vertreterinnen des ZDK, Birgit Behrens und Claudia Kefferpütz, schlossen den ersten Veranstaltungstag ab.

„Lernen vor Ort ...“ – Trier vernetzt sein Bildungswesen

Eine Sternstunde vorbildlicher Kommunikation zwischen den verschiedenen Bildungsakteuren einer Region erlebten die Teilnehmer am zweiten Tag. In den Räumen des Balthasar-Neumann-Technikums stellten Projektleiter Rudolf Fries und seine Mitarbeiter Dr. Caroline Thielen-Reffgen und Tim Thielen den Verbund „Lernen vor Ort“ vor. Unter diesem Namen haben sich die Kommune Trier, die dortige Universität und Hochschule, die beruflichen Standesorganisationen und Trierer Schulen zusammengeschlossen und für ihre Kooperation feste Strukturen geschaffen. Unter ausgewählten Fragestellungen wie „MINT-Lernen in Trier“ prüfen die beteiligten Institutionen Formen und Vorgehensweisen der Zusammenarbeit und bringen sich mit ihren jeweils klassischen Schwerpunkten erfolgversprechend ein. MINT-Lernen läuft zum Beispiel parallel zu den Generationen- und Altersgrenzen und entfaltet sich sowohl auf Kita-Ebene als auch über Grund- und weiterführende Schule bis zur Universität. Die Kooperation ist freiwillig, jedoch verbindlich, wenn man sich für sie entschieden hat. Seit seiner Gründung hat der Verbund eine Reihe von Handbüchern und Materialien entwickelt, die es neu hinzu kommenden Teilnehmern erleichtern, im Verbund Fuß zu fassen.
An einer naturwissenschaftlichen Experimentalphase, die die Kita-Leiterin und ein pensionierter Ingenieur gemeinsam vorbereitet hatten, konnten die Tagungsteilnehmer beobachten, welche naturwissenschaftlichen Einsichten schon bei Kindergartenkindern erreicht werden können, wenn man sie früh genug und mit Begeisterung zum Fachgegenstand in Kontakt bringt.

Vergleichbare Begeisterung weckte auch Prof. Dr. Ing. Peter König mit seinem Vortrag über die Weckung naturwissenschaftlichen Interesses bei Lehramtsstudenten am Beispiel der Kraftfahrzeug-Sicherheitstechnik. Kurze Wege innerhalb einer Region, personell niedrig- schwellige Kontaktmöglichkeiten und die Einbeziehung möglichst vieler Akteure haben das Projekt „Lernen vor Ort“ in Trier zu einem Erfolgsmodell werden lassen, dem man wünschen muss, dass es noch möglichst lange sein segensreiches Wirken entfalten kann.

Karlheinz Kaden

sunshine LAMBERT-REISEN bus

Klasse(n) Reisen maßgeschneidert

... deutschland & europaweit!

PARIS 2 Tage — Zentrales Hotel
Inkl. 1 x ÜF im zentralen Mittelklassehotel, Stadtrundfahrten mit unseren pariskundigen Fahrern, Ausflug nach Versailles *ab* **89,–**

LONDON 4 Tage — Very British!
Inkl. 3 x ÜF im guten 3* Hotel in Heathrow, Fährüberfahrten, Stadtrundfahrten, Ausflug Windsor *ab* **219,–**

BERLIN 5 Tage — Hotel im Zentrum
Inkl. 4 x ÜF im zentralen Hotel/Hostel, Stadtf., Bes. Reichstagskuppel *ab* **179,–**

TOSKANA 5 Tage — ★★★ Hotel
Inkl. 4 x ÜF im guten Mittelklassehotel an der Versiliaküste, 2 Stadtführungen nach Wahl *ab* **199,–**

Unser sunshine-Preisknüller:

EUROPAPARK

Busfahrt inkl. Eintritt *ab* **39,–**
Ein toller Tag für Lehrer & Schüler

Alle Preise pro Person im Mehrbettzimmer ab 42 zahlenden Personen, inkl. 2 Freiplätze (im Einzelzimmer) vorbehaltlich Verfügbarkeit.

Ihr kompetenter Reisepartner für Klassenfahrten, Lehrerausflüge und alle anderen Tages- & Mehrtagesfahrten.

Unser Fachpersonal berät Sie gerne:

0 68 38 - 97 970

gruppen@lambert-reisen.de
www.sunshine-bus.de

„STELLT DIE AUSBILDUNG VOM KOPF AUF DIE FÜSSE“

VDR Saar zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates

Mit Kopfschütteln quittiert der VDR Saar die jüngsten Empfehlungen des Wissenschaftsrats, mehr Abiturienten in Ausbildungsberufe zu bringen und an den Gymnasien ein Schulfach „Berufs- und Studienorientierung“ sowie flächendeckend Praktika einzuführen. (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 12.04.2014)

Landesvorsitzende Inge Röckelein sagte dazu wörtlich: "Es ist an der Zeit, die (schulische) Ausbildung vom Kopf auf die Füße zu stellen. Anstatt das Gymnasium, dessen originäre Aufgabe es sein sollte, auf ein Universitätsstudium vorzubereiten, umzufunktionieren, müssten jene Schulformen wieder zu Ehren kommen, denen es jahrzehntelang gelungen ist, ihre Absolventen erfolgreich in Ausbildungsberufe zu vermitteln.“

Die Realschule und die Erweiterte Realschule im Saarland waren und sind bekannt für ihre profunde Berufsvorbereitung. Schülerinnen und Schüler mit Realschulabschluss waren gern gesehene Auszubildende in Handwerk, Handel und Industrie.

Der Realschulabschluss genießt in weiten Kreisen der Bevölkerung noch immer hohes Ansehen, auch wenn er offiziell diesen Namen nicht mehr trägt.

Und wer während seiner Realschulzeit feststellte, dass er noch Abitur machen und studieren will, konnte problemlos draufsatteln. Die Durchlässigkeit des deutschen Schulsystems – lange verkannt – wurde gerade erst durch die Studie des „Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit“ (IZA) im Januar 2014 bestätigt. (http://ideas.repec.org/p/iza/izadps/dp7897.html)

Heute geht die Mehrzahl der Kinder nach der Grundschule direkt zum Gymnasium. 55 % eines Jahrgangs beginnen inzwischen ein Studium. Kein Wunder, dass Auszubildende fehlen. Wenn Akademiker dazu überredet werden müssen, einen Handwerksberuf zu ergreifen, dann schadet das auch der dualen Ausbildung, auf die Deutschland mit Recht stolz sein kann.

Pressemitteilung des VDR Saar 12.04.2014

AUFGESCHNAPPT:

„Wenn ich ein Haus bauen will, dann beschäftige ich sinnvollerweise einen Architekten und 8 Maurer. Derzeit bilden wir in Deutschland aber 8 Architekten und einen Maurer aus.“

(Alois Kirf, Präsident der HWK des Saarlandes im Interview „Saarbrücker Zeitung“ vom 12./13. April 2014)

VOM VDR ZUM VRB

Realschullehrerverband in Rh.-Pfalz heißt künftig „Verband Reale Bildung“

Der Landesverband Deutscher Realschullehrer (VDR) in Rheinland – Pfalz hat sich in einer Hauptversammlung in Ingelheim den Namen Verband Reale Bildung (VRB) gegeben. Mit der Namensänderung ist eine Weiterentwicklung der Verbandsziele verbunden, die die Vertretung von Lehrkräften weiterer Lehrämter möglich macht. Damit reagiert man nach Auskunft des Landesvorsitzenden Bernd Karst auf die Wandlungen in der Gesellschaft und in der Bildungsstruktur des Landes: „Als stets an der Realität orientierter Verband und starke Lobby für Lehrkräfte und für ein differenziertes Schulsystem werden wir die gesellschaftlichen und pädagogischen Entwicklungen zukunftsorientiert begleiten und unsere Erfahrungen einbringen.“

Zum einen vertritt der VRB als Lehrerverband die Interessen seiner Mitglieder. Diese unterrichten sowohl an Realschulen plus bzw. an Realschulen plus mit Fachoberschule als auch an Gesamtschulen und anderen Einrichtungen. Auch pädagogische Fachkräfte und Förderschullehrkräfte an Schwerpunktschulen sowie Studienräte an den Fachoberschulen und Integrierten Gesamtschulen sollen im VRB eine Basis finden können.

Zum anderen steht der Verband Reale Bildung für die bisher schon vertretenen Ideale einer an der Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler orientierten vielseitigen und ganzheitlichen Bildung. Diese ist sowohl studien- als auch berufsorientiert und vermittelt individuell zugeschnittene Abschlüsse von der Berufsreife bis zum Abitur. Der Verband Reale Bildung wird sich stark machen gegen den Fachkräftemangel im Land und gegen eine Akademisierungsinflation, wie sie von der OECD propagiert wird.

Um Reale Bildung attraktiv zu machen, bedarf es entsprechender Rahmenbedingungen, die der Verband vehement einfordert. Klassen mit 30 Schülern und Inklusionsträume ohne entsprechende sächliche und personelle Ausstattung wirken Realer Bildung entgegen.

V.i.S.d.P.: Wolfgang Häring, Pressereferent, E-Mail: Haering.Wolfgang@vdr-rlp.de, www.vdr-rlp.de

Reale Bildung muss auf die Wertschätzung aller Schulabschlüsse achten und durch hohe Qualität für Akzeptanz in Gesellschaft und Wirtschaft werben.

„Wir müssen aufpassen, dass wir beide Säulen unseres Ausbildungssystemes, die duale Berufsausbildung und die Hochschulausbildung, gleichermaßen fördern.“

Angela Merkel, Bundeskanzlerin, 14.09.13, news4teachers.de

Fahren Sie in den Sommerurlaub?
Sommeraktion von
Mai - Juli
VDR
Dann werben Sie ein Mitglied.
Pro geworbenes Mitglied erhalten Sie einen 20,-€ Tankgutschein.

MÜLHEIMER AUFRUF

Unter dem Deckmantel des demografischen Wandels findet derzeit in Nordrhein-Westfalen ein tiefgreifender Umbau der Schullandschaft statt. Dieser Umbau ist nur vordergründig struktureller Natur. Tatsächlich ist er zutiefst ideologisch motiviert. Es geht darum, eine gesteuerte, streng reglementierte Schule zu schaffen, die Lehrer zu Lernbegleitern und Schüler zu Lernpartnern degradiert. Wohlklingende Formeln wie „Eine Schule für alle“, „Länger gemeinsam Lernen“, „Kein Kind zurücklassen“ suggerieren mehr Chancengleichheit und Gerechtigkeit und verbrämen den ökonomistisch-technokratischen Ansatz und die systematische Benachteiligung der schwächeren Schüler.

Im Zuge dieser Entwicklung werden Lehrer als Pädagogen de facto abgeschafft. Lehrkräfte sollen zu Klassenmanagern werden, die für Ruhe sorgen und den reibungslosen Ablauf selbstorganisierter Lernprozesse sicherstellen.

Flankiert wird dieser Prozess von Institutionen wie der OECD und der Bertelsmann-Stiftung, die mit einer Flut von Studien die vermeintliche Unterlegenheit und Ungerechtigkeit des deutschen Bildungssystems propagieren. Parallel dazu werden die PISA-Studien zum alleinigen Maßstab für die Qualität und Leistungsfähigkeit dieses Systems. Resultat ist eine schon jetzt erkennbare Nivellierung der Bildungsqualität. Das Leistungsprinzip wird diffamiert. Höhere und bessere Abschlüsse werden mit einer Absenkung der Qualitätsstandards erkauft.

Diese Entwicklung ist gefährlich!

Immer mehr Bildungswissenschaftler, Verbände, Lehrer, Eltern und Schüler erkennen das. Die „Initiative für pädagogische Freiheit und Verantwortung“, die sich am 13. November 2013 in Mülheim konstituiert hat, will diese Fehlentwicklungen benennen und entlarven. Sie tritt ein für eine humanistisch, sozial-emanzipatorisch und christlich geprägte Bildung.

Die „Initiative für pädagogische Freiheit und Verantwortung“ fordert:

- Ziel von Schule ist nicht die Schaffung normierter Schüler, sondern Charakterbildung. Bildung dient nicht dazu, eine funktionierende und führbare Masse heranzuziehen, sondern freiheitlich und sozial verantwortlich denkende und handelnde Bürger.

- Bildung speist sich aus einer christlichen, humanistischen und emanzipatorischen Tradition. Bildung soll dazu befähigen, Verantwortung für die Schöpfung zu übernehmen und soziale Gerechtigkeit zu schaffen.

- Erziehung, Bildung und Lernen erfordern eine Beziehung zwischen Schülern und Lehrern. Selbstorganisiertes Lernen unterbindet diese Beziehung und behindert Selbstständigkeit.

- Lehrer statt Lernbegleiter, pädagogische Freiheit statt Steuerung! Lehrerinnen und Lehrer müssen die Gesamtheit des Faches, des Pädagogischen und des Menschlichen überblicken können und dürfen.

- Das „längere gemeinsame Lernen“ in selbstorganisierten Methodensettings stiftet nicht Gemeinschaft, sondern Isolation: Schüler werden zu vereinzelten Lernplanbewältigern. Dies führt zu einer Atomisierung des Unterrichts und einer Fragmentierung der Inhalte.

- Die Dequalifizierung der Lehrerausbildung muss aufhören. Der Bologna-Prozess führt zu einer Entakademisierung des Lehrerberufs und zu einer Entprofessionalisierung der Lehrkraft.

- Stopp der Bildungsnivellierung. Es schafft eben keine Bildungsgerechtigkeit, wenn alle einen besseren Abschluss haben und trotzdem weniger können.

Prof. Dr. Jochen Krautz
Bergische Universität Wuppertal

Dr. Matthias Burchardt
Pädagogische Hochschule Ludwigsburg

Brigitte Balbach
Lehrer nrw, Vorsitzende

Josef Kraus
Deutscher Lehrerverband, Präsident

Jürgen Böhm
Verband Deutscher Realschullehrer, Vorsitzender

Inge Röckelein
VDR Saar, Landesvorsitzende

HOHE DURCHLÄSSIGKEIT DES DEUTSCHEN SCHULSYSTEMS IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Studie "The Long-Term Effects of Early Track Choice" - Januar 2014

Eine aktuelle (englischsprachige) Studie bestätigt die Position des VDR, dass sich das deutsche Bildungswesen durch eine international einmalige vertikale Durchlässigkeit auszeichnet. Nachfolgend finden Sie eine Zusammenfassung der Studie und den Link zum gesamten Text (insgesamt rund 60 Seiten). Dort sei besonders auf die Seiten 6 bis 9 verwiesen.

Keine Karrierenachteile durch frühe Wahl der Schulform

Für Schüler, deren Begabungen im Grenzbereich der Anforderungen von Realschule und Gymnasium liegen, hat die Wahl der Schulform langfristig keine Auswirkungen auf Beschäftigung, Lohnniveau und Bildungsstand. So lautet das Ergebnis einer aktuellen Studie, die das Bonner Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) veröffentlicht hat. Demnach sorgt die hohe Durchlässigkeit des deutschen Schulsystems dafür, dass falsche Einordnungen durch einen späteren Schulwechsel korrigiert werden können.

„Spätzünder" haben alle Chancen

Die Studie der Wirtschaftsprofessoren Christian Dustmann, Patrick Puhani und Uta Schönberg widerspricht der verbreiteten Kritik, das mehrgliedrige deutsche Schulsystem verteile die Schüler zu früh auf unterschiedliche Schulformen und schränke auf diese Weise die Bildungschancen insbesondere von „Spätzündern" ein. Die Analyse basiert auf umfangreichen Zensus- und Sozialversicherungsdaten der Geburtsjahrgänge 1961-1976 und konzentriert sich auf den Werdegang von Realschülern und Gymnasiasten, die von den Voraussetzungen her an der Schwelle zwischen beiden Schulformen lagen. Langfristig fanden die Autoren zwischen diesen Schülergruppen keine Unterschiede bei den durchschnittlich erreichten Bildungsabschlüssen, der Beschäftigungsquote und dem erzielten Erwerbseinkommen.

Entscheidender Aspekt des deutschen Schulsystems - in vielen Studien übersehen

Als Grund für diesen überraschenden Befund nennen die Wissenschaftler die im internationalen Vergleich hohe Durchlässigkeit des deutschen Schulsystems. So können Realschüler, deren Leistungspotenzial zum Zeitpunkt der Schulwahl unterschätzt wurde, beispielsweise nach der neunten Klasse aufs Gymnasium wechseln – und umgekehrt. „Diese Möglichkeit des späteren Schulformwechsels ist ein entscheidender Aspekt des deutschen Schulsystems, der in vielen Studien übersehen wird. Unsere Ergebnisse zeigen, dass davon auch Gebrauch gemacht wird. Die Sorge vieler Eltern, die Zukunft ihres Kindes hänge an der Entscheidung Gymnasium oder Realschule, ist also unbegründet", sagt Christian Dustmann, Ökonom am University College London.

Anpassung der Lerninhalte an unterschiedliche Begabungen

Unbestritten sei zwar, dass Gymnasiasten im Schnitt die besseren Jobaussichten haben. Allerdings seien leistungsstarke Real- oder Hauptschüler keineswegs am Aufstieg gehindert. „Die Stärke des mehrgliedrigen Schulsystems ist, dass es die Anpassung der Lerninhalte an unterschiedliche Begabungen erlaubt. Statt am System zu rütteln, erscheint es sinnvoller, die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen noch weiter zu steigern und den Aufstieg zu erleichtern", fordert Mitautor Patrick Puhani, Wirtschaftsprofessor an der Leibniz Universität Hannover.

Die Studie ist über folgende Homepage kostenfrei abrufbar:

http://ideas.repec.org/p/iza/izadps/dp7897.html

Dann unter "Download Info" zum Herunterladen auf "download the selected file" klicken.

red.

„DER POPANZ DER BILDUNGSPOLITIK IST ENTZAUBERT“

So kommentiert Ferdinand Knauß am 04.03.2014 auf WiWo online das Ergebnis der Studie "The Long-Term Effects of Early Track Choice“ und meint damit die seit Jahrzehnten behauptete „angebliche Selektionswirkung des gegliederten Schulsystems“ Vor allem aus der OECD mit ihren PISA-Studien und der Bertelsmann-Stiftung sei immer wieder das Mantra von der angeblich so verheerenden Undurchlässigkeit des traditionellen deutschen Schulsystems zu vernehmen gewesen. Nun beweist o.g. Studie genau das Gegenteil: „Gute Realschüler sind nicht weniger beruflich erfolgreich als Gymnasiasten, weil das traditionelle deutsche Schulsystem durchlässiger ist als seine Gegner behaupten.“

„Eigentlich hätte es für diese Erkenntnis keiner Studie bedurft“, schreibt Knauß, „denn die Objekte der Untersuchung sind schließlich alle Ex-Schüler zwischen 38 und 53 Jahren, also sozusagen das gesamte deutsche Volk in den besten Jahren. Fast jeder Ex-Gymnasiast wird sich an Klassenkameraden erinnern, die aus der Real- oder Hauptschule kamen - und umgekehrt.“

Knauß wundert sich, wie es dazu kommen konnte, „dass sich eine Gesellschaft einreden ließ, ihr Schulsystem selektiere Kinder“, und übt auch Kritik an der eigenen Zunft: Dieser Popanz der Bildungsforschung sei auch ein trauriger Beleg dafür, was eine meinungsbildende PR-Maschinerie anrichten könne.

Weiter bedauert er, dass die IZA-Studie erst jetzt und nicht bereits vor 20 Jahren vorgelegt wurde. Von dem durchlässigen und im Großen und Ganzen funktionierenden gegliederten Schulsystem sei heute ohnehin nicht mehr viel übrig. „Die weltweit vorbildliche arbeitsmarktorientierte Berufsbildung im dualen System (für das die Haupt- und Realschulen die allgemeinbildende Basis schufen) wird sträflichst vernachlässigt. Das Gymnasium ist zwar nicht abgeschafft, aber durch weitgehende Öffnung für den Elternwillen in den meisten Bundesländern und die politisch forcierte Absenkung des Niveaus längst eine de-facto-Gesamtschule geworden. Deutschlands Bildungspolitik hat sich dem verheerenden Zweckbündnis zweier Ideologien ausgeliefert: Dem zwischen linken Gleichheitsträumern und den ökonomistischen Aposteln der Humankapitaltheorie, die mit Hilfe von OECD und Bertelsmann-Stiftung die Mär von der allgemeinen Akademisierung als ewig sprudelnder Wachstumsbrunnen in die Welt setzten. Das Ergebnis ist eine end- und fruchtlose Strukturdiskussion auf den Trümmern eines einst weltweit vorbildlichen Schulsystems.“

red.

„KRITIK AN FRÜHER DIFFERENZIERUNG UNBERECHTIGT!“

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, kommentierte dieselbe Studie: „Damit ist erneut widerlegt, was sich aufgrund eigenwilliger Interpretationen etwa der OECD und der Bertelsmann Stiftung seit Jahren in den Köpfen als angeblich mangelnde Durchlässigkeit des Schulwesens festgesetzt hat. Das Gegenteil ist der Fall: In Deutschland gibt es keinen Bildungsabschluss ohne einen Bildungsanschluss und die so genannte vertikale Durchlässigkeit des deutschen Schulwesens, also die Chance, bis zum Studium durchzusteigen, ist sehr ausgeprägt und kommt insbesondere Kindern aus bildungsferneren Schichten zugute. Widerlegt ist damit auch die Sorge vieler Eltern, die meinen, der Zug sei für ihr Kind abgefahren, wenn es im elften Lebensjahr nicht an ein Gymnasium habe gehen können oder wollen. Zudem belegt die Studie eindrucksvoll, dass eine Differenzierung der Schüler nach vier Grundschuljahren keinerlei Bildungschancen verbaut.“

Die Wissenschaftler untersuchten die Lebenswege der Schüler, die von ihren Leistungen her nach der Grundschule auf der Schwelle zwischen Realschule und Abitur standen. Ganz gleich, welcher Schulform sie zugewiesen wurden, im langfristigen Verlauf ihres Berufseinstiegs und ihrer Berufswege konnten keine Unterschiede bei den durchschnittlich erreichten Bildungsabschlüssen, der Beschäftigungsquote und dem erzielten Erwerbseinkommen festgestellt werden. „Dies liegt an der hohen vertikalen Durchlässigkeit, die das deutsche Bildungssystem auszeichnet“, ...

Presseerklärung des Deutschen Lehrerverbandes(DL) 03.04.2014 Berlin
E-Mail: info@lehrerverband.de

EINE LEHRE KANN NICHT DAS ZIEL EINER GYMNASIALEN OBERSTUFE SEIN!

Bundesbildungsministerin Wanka zieht falsche Schlüsse aus verfehlter Bildungspolitik.

Unüberlegte Schulstrukturveränderungen und verfehlte Bildungspolitik mit dem einseitigen Streben nach hohen Abiturientenquoten zeigen negative Folgen für unsere Jugend, die Bildungsqualität und bei der Fachkräftegewinnung

„Die einseitige Orientierung auf die Steigerung der Abiturquote, wie dies in einigen Bundesländern seit Jahren betrieben wird, zeigt nun erste gravierende negative Folgen. Die Vernachlässigung der differenzierten Bildungsgänge in den vergangenen zehn Jahren und undurchdachte Vereinheitlichungstendenzen führten vorhersehbar zu einem Profil- und Qualitätsverlust der Schularten im gesamten Sekundarbereich, auch und gerade beim Gymnasium. Es ist an der Zeit, die Talente unserer Kinder so zu fördern, dass diese erfolgreich ihr Leben und ihre berufliche Zukunft gestalten können“, kommentierte der Bundesvorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer, Jürgen Böhm, die Aussage der Bundesbildungsministerin, dass Abiturienten eine Lehre machen sollten. Angesichts der erschreckend hohen Studienabbrecherquoten und der bundesweit fehlenden Fachkräfte müsse endlich ein Umdenken in den Kultusministerien einsetzen. Viele Jugendliche seien augenscheinlich in den vergangenen Jahren fehlgeleitet worden und stünden teilweise mit Mitte Zwanzig vor den Scherben einer gescheiterten Bildungsbiographie. Man dürfe nicht nur im Regierungsprogramm die duale Berufsausbildung loben und zum deutschen Exportschlager erheben, man müsse auch in der Bundesrepublik und den einzelnen Ländern alles zur qualitativen Stärkung der Mittleren Bildungsgänge als Basis der Beruflichen Bildung tun. Eine Diskussion über die Länge der Gymnasialzeit helfe dabei nicht wesentlich weiter. Es komme darauf an, das Profil der jeweiligen Schularten zu stärken und zu deren ursprünglichem Selbstverständnis zurückkehren. Dieses lag bisher beim Gymnasium darin, auf ein Hochschulstudium vorzubereiten.

„Der Ruf nach der erfolgreichen Realschule und den Realschulabsolventen wird in der Wirtschaft, im Handwerk und in den Ländern, die diese Schulart beseitigt haben, mittlerweile immer lauter“, gibt Böhm zu bedenken.

VDR-Presseerklärung vom 27.04.2014 zu den Aussagen der Bundesbildungsministerin Wanka

RENAISSANCE DER REALSCHULE EHER MÖGLICH ALS GEDACHT

Die bundesweiten Bestrebungen nach einer Rückkehr zu G9 sind jetzt auch im Saarland angekommen. Noch sträubt sich der Minister, aber auf lange Sicht wird er dem Druck nicht mehr standhalten können.
Die Gemeinschaftsschule im Saarland, die laut Verordnung ausdrücklich die Klassenstufen 5 bis 13 beinhaltet und mit G9 zu punkten versucht, wäre bei einer Rückkehr der Gymnasien zu G9 faktisch tot, zumal es für die Aufnahme ins Gymnasium keinerlei Notenvorgaben mehr gibt; allein der Elternwille entscheidet.
Deshalb plädiert der VDR dafür, dass mit der (freiwilligen) Rückkehr der Gymnasien zu G9 auch eine (freiwillige) Rückkehr der Gemeinschaftsschulen zu Realschulen verbunden sein muss - vor allem auch vor dem Hintergrund der aktuellen Studie des „Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit“ (IZA)
vom Januar 2014 http://ideas.repec.org/p/iza/izadps/dp7897.html

Die Studie der Wirtschaftsprofessoren Christian Dustmann, Patrick Puhani und Uta Schönberg untersuchte auf der Basis von umfangreichen Zensus- und Sozialversicherungsdaten der Geburtsjahrgänge 1961-1976, was aus den ehemaligen Absolventen von Realschulen und Gymnasien geworden ist, und fand zwischen diesen Schülergruppen langfristig keine Unterschiede im Hinblick auf Bildungsstand, Beschäftigung und Einkommen.
„Damit bestätigt sich einmal mehr, was wir vom VDR längst wussten“, sagt Landesvorsitzende Inge Röckelein „die Realschule war stets die Schule des sozialen Aufstiegs.“ Das mehrgliedrige deutsche Schulsystem schränkt – anders als oft behauptet – die Bildungschancen der Kinder keineswegs ein. Leider wurde es – nicht nur im Saarland – durch überflüssige Schulstrukturreformen zerstört. Die Ursachen dafür kommentiert Ferdinand Knauß in der WiWo online am 04.03.2014 so: „Deutschlands Bildungspolitik hat sich dem verheerenden Zweckbündnis zweier Ideologien ausgeliefert: Dem zwischen linken Gleichheitsträumern und den ökonomistischen Aposteln der Humankapitaltheorie, die mit Hilfe von OECD und Bertelsmann-Stiftung die Mär von der allgemeinen Akademisierung als ewig sprudelnder Wachstumsbrunnen in die Welt setzten.“
Dennoch gibt sich Inge Röckelein zuversichtlich: „Noch ist es nicht zu spät, eine Schulform, die noch immer hohes Ansehen genießt, wiederzubeleben: die Realschule!“

Pressemitteilung des VDR Saar 15.03.2014

VDR
Sehen, was wesentlich ist.
Prüfen, was machbar ist.
Machen, was richtig ist.

ALS SPARMODELL TAUGT INKLUSION NICHT

Der Berliner Senat will die sonderpädagogische Kompetenz in den Kernfächern halbieren
von Bernd Ahrbeck und Ulrich von Knebel

Erwartungen an die inklusive Beschulung

Die gemeinsame Unterrichtung behinderter und nichtbehinderter Kinder ist ein anspruchsvolles Unternehmen, das ganz unterschiedlichen Zielen zugleich dienen soll, ohne dass sie in einen unauflöslichen Widerspruch zueinander geraten. Von einer inklusiven Beschulung wird erwartet, dass sie eine für alle Kinder fruchtbringende Gemeinschaft ermöglicht, in der Kinder mit Behinderung ebenso anerkannt werden wie andere Kinder auch. Behinderung ist so gesehen eine Erscheinungsform von Diversität, die es zu akzeptieren gilt.

Eine große Herausforderung

Zugehörigkeit und Teilhabe sind jedoch nicht die einzigen Ziele. Eine Förderung, die behinderungsspezifischen Bedürfnissen entspricht, soll nunmehr auf einem höheren Niveau erfolgen als es spezielle Einrichtungen vermochten. Dazu ist es notwendig, Behinderung als Entwicklungsbeeinträchtigung anzusehen, die einer fachlich differenzierten Betrachtung bedarf. Dieser Punkt ist entscheidend: Die Inklusion will dafür sorgen, dass sich Kinder mit Behinderung besser als bisher entfalten können und sich ihre Lebensperspektiven umfassend erweitern. Darüber hinaus wird für alle Schüler in Aussicht gestellt, dass sie im Lernen besonders profitieren, die Leistungsstärkeren ebenso wie die Leistungsschwächeren, in einem System, das sich nun endlich als bildungsgerecht erweist. Das ist eine wahrlich große Herausforderung.

Lehrerinnen und Lehrer brauchen angemessene Arbeitsbedingungen

All das kann nur - soweit es überhaupt umfassend möglich sein sollte - gelingen, wenn die dazu notwendigen Rahmenbedingungen vorhanden sind. Als Sparmodell taugt die Inklusion nicht, Lehrerinnen und Lehrer brauchen angemessene Arbeitsbedingungen. Sie sind auf eine fachlich ausgewiesene Unterstützung in ihren Klassen angewiesen, benötigen Beratungs- und andere Hilfsangebote von außen sowie umfassende Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Gleichwohl ist unübersehbar, dass einzelne Bundesländer ihre Schulen unzureichend ausstatten, teils mit einer viel zu geringen Anzahl von Förder- und Unterstützungsstunden und, was nicht selten vorkommt, mit fachfremdem Personal.

Bernd Ahrbeck

Bedenkliche Zeichen: Ende der sonderpädagogische Arbeit?

Doch das ist nur eine Seite des Problems. Mindestens ebenso wichtig ist die Frage, über welche Fachkompetenz sonderpädagogisch qualifizierte Lehrkräfte verfügen müssen und was die Lehrerbildung zu ihrem Erwerb beiträgt. Zunächst besteht anscheinend eine weitgehende Übereinstimmung dahingehend, dass Inklusion ohne sonderpädagogisches Wissen, ohne sonderpädagogische Kompetenzen nicht erfolgreich verlaufen kann. Ein solcher Konsens könnte sich jedoch als brüchiger erweisen als der erste Blick verrät. Die Veränderungen, die für einige universitäre Ausbildungsinstitute angestrebt werden, setzen hierzu ein bedenkliches Zeichen. **Bereits jetzt haben viele Studienstätten die sonderpädagogischen Schwerpunkte auf übergreifende Themen verlagert, die Fächervielfalt eingeschränkt und einzelne fachliche Schwerpunkte zusammengelegt.** Nicht zu Unrecht stellt Andreas Hinz die Frage, ob die Inklusion einen veränderten Orientierungsrahmen für die sonderpädagogische Arbeit darstellt oder doch ihr Ende bedeutet. Zu einem gänzlichen Verzicht auf sonderpädagogische Inhalte wird es sicherlich nicht kommen. Aber es steht zu befürchten, dass sie zukünftig einen erheblichen Bedeutungsverlust erleiden könnten.

Ausbildung in ihren zentralen Inhalten beschnitten

Im Land Berlin sind gegenwärtig einschneidende Veränderungen in der sonderpädagogischen Ausbildung geplant. Eine eigenständige Ausbildung soll es dem Lehrerbildungsgesetz zufolge nicht mehr geben. Das ist problematisch genug, stellt aber noch das geringere Problem dar. Als sehr viel gravierender erweist es sich, dass die Ausbildung in ihren zentralen Inhalten beschnitten werden soll - auf dem

Verordnungsweg und somit unterhalb der Gesetzesebene. **Für die drei Förderschwerpunkte Lernen, Sprache und emotional-soziale Entwicklung** ist vorgesehen, **dass zukünftige Lehrerinnen und Lehrer nur noch die Hälfte der bisherigen Studieninhalte erwerben** können. Diese Förderschwerpunkte sollen zu übergreifenden Einheiten zusammengefasst werden, die numerisch einer einzelnen sonderpädagogischen Fachrichtung entsprechen. Emotional-soziale Entwicklung und Lernen bilden dabei eine Einheit, emotional-soziale Entwicklung und Sprache die andere. Allenfalls im sogenannten LES-Studium, der Kombination der drei genannten Fächer, fällt die Reduzierung etwas geringer aus, ohne dass dann allerdings noch eine Verknüpfung mit anderen sonderpädagogischen Fächern möglich ist.

Studierende müssen auf unentbehrliche Studieninhalte verzichten.

Fast 70 % der Schüler mit besonderem Unterstützungsbedarf sind davon betroffen: Sie sollen zukünftig von Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet werden, die im massiven Umfang auf unentbehrliche Studieninhalte verzichten mussten. Es handelt sich dabei wohlgemerkt um Schüler, die in aller Regel schwere Beeinträchtigungen aufweisen. Im Förderschwerpunkt emotional-soziale Entwicklung können sie traumatisierende Lebenserfahrungen erlitten haben, veritablen Beeinträchtigungen der Persönlichkeitsentwicklung ausgesetzt oder ernsthaft psychisch erkrankt sein. Um leicht korrigierbare, allenfalls temporär auftretende Probleme handelt es sich in aller Regel nicht.

Der sonderpädagogische Förderschwerpunkt Sprache wird im Sekundarbereich gestrichen

Der **Förderschwerpunkt Sprache,** hier als zweites Beispiel genannt, beschäftigt sich unter anderem mit Kindern und Jugendlichen, die aus Sprechangst nur sehr eingeschränkt oder gar nicht mehr lautsprachlich kommunizieren. Andere sprechen aufgrund organischer Schädigungen unverständlich oder sind in ihrer Sprachentwicklung so massiv beeinträchtigt, dass ihnen grundlegende grammatikalische Strukturen, lexikalische Kompetenzen oder Lautbildungsfähigkeiten für eine effektive Kommunikation fehlen. **Ein solcher Förderbedarf existiert nachgewiesenermaßen auch in der Sekundarstufe.** Allein für Berlin weisen Statistiken der Kultusministerkonferenz über 500 Jugendliche aus. Umso schwerer wiegen die Berliner Pläne, den Förderschwerpunkt Sprache als einzigen sonderpädagogischen Förderschwerpunkt gänzlich aus dem Studienangebot für Sekundarschulen zu streichen.

Der einzige Effekt: Oberflächliches Wissen

Um einem Missverständnis vorzubeugen: Durch die geplanten Maßnahmen wird kein einziger Lehrer zusätzlich ausgebildet. Der einzige Effekt ist der,

Ulrich von Knebel

dass die Studierenden zwar in ein breiteres Themenspektrum eingeführt werden, das aber nur noch ein oberflächliches Wissen zulässt. Insofern ist es nicht verwunderlich, wenn sich Fachverbände wie die Deutsche Gesellschaft für Sprachheilpädagogik, der Verband Sonderpädagogik und Dozentenkonferenzen der genannten Fächer unisono gegen ein solches Modell ausgesprochen haben.

Sind Lern-, Verhaltens- und Sprachprobleme nicht bedeutend?

Rätselhaft bleibt zudem, wieso nur für Kinder mit Beeinträchtigungen der körperlichen und geistigen Entwicklung, des Sehens und des Hörens weiterhin eine Ausbildung im bisherigen Umfang angeboten werden soll. Es drängt sich deshalb die Frage auf, ob Lern-, Verhaltens- und Sprachprobleme für unbedeutender gehalten werden als die anderer Förderschwerpunkte, sodass sie ohne eine hochwertige Förderung auskommen können. Das wird man allerdings nicht ernsthaft annehmen und noch schwerer begründen können. Komplexe Problemlagen lassen sich nicht mit einer Melange aus verdünnten fachlichen Inhalten bewältigen.

Dequalifizierung und Entprofessionalisierung durch inklusive Beschulung ?

Es kommt zwar durchaus vor, dass Schüler zugleich besondere Schwierigkeiten in der sprachlichen, der emotional-sozialen Entwicklung und im Lernen zeigen. So häufig, wie mitunter behauptet wird, oder gar regelhaft ist dies allerdings nicht der Fall. Auch besteht keine Sonderstellung gegenüber anderen Förderschwerpunkten. Nur: Die Hilfe und Unterstützung, die benötigt wird, muss auch hier den fachlichen Standards entsprechen, die zur Verfügung stehen; sie muss auf der Höhe der Zeit sein. Dequalifizierung und Entprofessionalisierung sind deshalb im Rahmen einer inklusiven Beschulung denkbar schlechte Empfehlungen. Sie widersprechen fachlichen Notwendigkeiten und unterlaufen den Beschluss der Kultusministerkonferenz, demzufolge die bestehenden sonderpädagogischen Standards auch für die Inklusive Schule zu erhalten sind.

Das Förderanliegen gerät in den Hintergrund

Die aktuelle Problemlage wird jedoch verkannt, wenn man sie auf die Folgen finanzieller Engpässe reduziert. **Ein zumindest ebenso bedeutsamer Faktor besteht in einem Inklusionsverständnis, das eine Dekategorisierung sonderpädagogischer Begrifflichkeiten einfordert.** Die Schule solle gänzlich von Etikettierungen und Kategorisierungen absehen, so ist immer wieder zu hören und zu lesen. Jede Art von gruppenspezifischer Differenzierung sei vollkommen unangemessen und pädagogisch verantwortungslos. In diesem Sinne ist es nur konsequent, wenn Simone Seitz die radikale Loslösung von der sonderpädagogischen

Systematik der Förderschwerpunkte für die einzig zukunftsträchtige Lösung hält. Die Auflösung der Förderschwerpunkte und einschlägigen Förderkategorien verbindet sich mit dem trügerischen Wunsch, es komme in erster Linie darauf an, dass Kinder vor beschämenden Etikettierungen geschützt werden. Das Förderanliegen gerät dadurch in den Hintergrund, es wird trivialisiert und zwangsläufig beschädigt, auch wenn dies ungern zugestanden wird.

Der (sonder-)pädagogischen Förderung droht ein Niveauverlust.

Insofern ist Vorsicht geboten. Es sollte zu keiner Allianz zwischen Mittelknappheit und einem Inklusionsverständnis kommen, das fachliche Standards voreilig und unbedacht infrage stellt. Die Gefahren, die daraus resultieren, sind beträchtlich: Der (sonder-)pädagogischen Förderung droht ein Niveauverlust, für den ein hoher Preis zu entrichten ist. Von den Lehrerinnen und Lehrern in ihrer Arbeit vor Ort, von einer beschnittenen Wissenschaft und in aller erster Linie von den betroffenen Kindern selbst.

AUSBILDUNG FÜR DAS LEHRAMT SONDERPÄDAGOGIK

An der Universität des Saarlandes wird das Studium für das Lehramt der Sonderpädagogik nicht angeboten. Die nächstgelegene Ausbildungsstätte ist die Universität Koblenz/Landau

Das Institut für Sonderpädagogik der **Universität Koblenz/Landau** gliedert sich in zwei Arbeitsbereiche:

- Grundlagen sonderpädagogischer Förderung und pädagogische und soziale Rehabilitation.
- Schwerpunktspezifische Pädagogik bei besonderem Förderbedarf
  - o **bei geistigen und körperlichen Behinderungen**
  - o **bei Sprach- und Kommunikationsstörungen**
  - o bei **herkunftsbedingten Benachteiligungen, Lernschwierigkeiten und Verhaltensstörungen.**
  - o **Lernen**
  - o **Sprache**
  - o **Geistige Entwicklung**
  - o **Hören**
  - o **Lernen bei Blindheit und Sehbehinderung** (hier wird ein **Studienschwerpunkt Lernen bei Blindheit oder Lernen bei Sehbehinderung** gewählt)
  - o **Lernhilfe**
  - o **Erziehungshilfe**
  - o **Pädagogik für praktisch Bildbare**

Die Studierenden des Instituts verteilen sich aktuell auf vier Studiengänge. Dabei handelt es sich um den auslaufenden Studiengang Lehramt an Sonderschulen (alte PO), den lehramtsbezogenen Bachelorstudiengang Sonderpädagogik, den Masterstudiengang Lehramt an Förderschulen und den Diplomstudiengang Erziehungswissenschaftenmit dem Schwerpunkt Sonderpädagogik

An der **Pädagogischen Hochschule Heidelberg** werden neben dem Studium von sonderpädagogischen Grundlagen und sonderpädagogischen Handlungsfeldern eine erste und eine zweite sonderpädagogische Fachrichtungen gewählt aus den folgenden Bereichen:

In der ersten Studienstufe werden neben den Bildungswissenschaften und den sonderpädagogischen Grundlagen und sonderpädagogischen Handlungsfeldern das gewählte Fach und die erste sonderpädagogische Fachrichtung studiert.
Der Übergreifende Studienbereich (ÜSB) - eine Besonderheit des Heidelberger Modells - ist **verbindlich für alle Lehramtsstudierende**. Neben den bildungswissenschaftlichen, fachlichen und schulpraktischen Studienanteilen favorisiert der ÜSB die gemeinsame Entwicklung von **Querschnittskompetenzen** durch alle Lehramtsstudierenden, **unabhängig von der Lehramtsausrichtung und Fächerwahl.**

Am Institut für **Sonderpädagogik der Goethe-Universität Frankfurt** umfasst der Studiengang für das **Lehramt an Förderschulen (L5)** die Studienanteile Grundwissenschaften/Bildungswissenschaften, zwei sonderpädagogische Fachrichtungen nach Wahl aus den Bereichen

und Unterrichtsfächer inkl. Fachdidaktik nach Wahl: Biologie, Chemie, Deutsch, Erdkunde, ev. od. kath. Religion, Französisch, Geschichte, Kunst, Mathematik, Musik, Physik, Politik und Wirtschaft oder Sport. Dauer: 8 Studiensemester + 1 Prüfungssemester

An der **Universität Gießen** können die beiden sonderpädagogischen Fachrichtungen aus folgendem Angebot gewählt werden:
Mit der Fachrichtung **Lernhilfe** (auch "Lernbeeinträchtigtenpädagogik" genannt) werden Kinder und Jugendliche unterrichtet, die wegen ihrer Lern- und Leistungsbehinderungen in Grund- und Hauptschulen nicht hinreichend gefördert werden können.
Mit der Fachrichtung **Praktisch-Bildbaren-Pädagogik** werden Kinder und Jugendliche unterrichtet, die wegen der Schwere ihrer geistigen Behinderung in der Schule für Lernbehinderte nicht hinreichend gefördert werden können, aber lebenspraktisch bildbar sind. Mit der Fachrichtung **Erziehungshilfe** (auch "Verhaltensgestörtenpädagogik") werden Kinder und Jugendliche unterrichtet, die sich der Erziehung der allgemeinen Schule so nachhaltig widersetzen oder verschließen, dass ihre eigene Entwick-

lung und die ihrer Mitschüler erheblich gestört oder gefährdet ist.
Zielgruppe der Fachrichtung **Sprachheilpädagogik** ist, wer durch eine Schädigung der an der Kontrolle und Ausführung von Sprache beteiligten Organe (zentrales Nervensystem, Artikulationsorgane) an einer langfristigen Störung oder Einschränkung im Spracherwerb bzw. im Handeln mit der gesprochenen und geschriebenen Sprache leidet und von daher sowohl in seiner täglichen Lebensführung und in seinem sozialen und kommunikativen Umfeld Benachteiligungen in Kauf nehmen muss, als auch in seiner seelisch-geistigen Entwicklung und Befindlichkeit Probleme hat oder empfindet, weil seine Teilhabe am Leben der Gemeinschaft eingeschränkt ist.

Als Unterrichtsfach muss eines der folgenden Fächer belegt werden: Arbeitslehre, Biologie, Chemie, Physik, Deutsch, Englisch, Ethik, Erdkunde, ev. od. kath. Religion, Geschichte, Kunst, Mathematik, Musik, Politik und Wirtschaft, Sport

Das Studium des Lehramts der Sonderpädagogik an der **Ludwig-Maximilians-Universität München** besteht aus folgenden Teilen:

- Studium einer sonderpädagogischen Fachrichtung: Pädagogik bei
  - o **geistiger Behinderung,**
  - o **Lernbehinderung**
  - o **Sprachheilpädagogik**
  - o **Verhaltensstörungen.**
  - o (Körperbehindertenpädagogik kann ausschließlich an der Uni Würzburg studiert werden.)
  - o (Gehörlosenpädagogik oder Schwerhörigenpädagogik nur über den Bachelorstudiengang "Prävention, Integration und Rehabilitation" (PIR)
  - o (Blindenpädagogik wird in Bayern nicht angeboten.)
- Wahlweise : Studium der Didaktik der Grundschule oder der Hauptschule
- Erziehungswissenschaftliches Studium
- Praktika

Das Studium für das Lehramt für Sonderpädagogik an der **Universität zu Köln** umfasst neben der Erziehungswissenschaft das Studium von zwei sonderpädagogischen Fachrichtungen sowie von zwei Unterrichtsfächern. Eines der beiden Fächer muss Deutsch oder Mathematik sein. Ein Unterrichtsfach wird als "großes Fach" im Umfang von 40 Semesterwochenstunden (SWS), das andere als "kleines Fach" im Umfang von 20 SWS studiert.
Das Studium der sonderpädagogischen Fachrichtung **Förderschwerpunkt Lernen** ist **verbindlich**. Als zweite Fachrichtung kann einer der folgenden Förderschwerpunkte gewählt werden:

- o **Emotionale und soziale Entwicklung**
- o **Geistige Entwicklung**
- o **Hören und Kommunikation**
- o **Körperliche und motorische Entwicklung**
- o **Sprache**

Die sonderpädagogischen Fachrichtungen werden an der Humanwissenschaftlichen Fakultät, Department Heilpädagogik und Rehabilitation studiert.

Das Studium für das Lehramt Sonderpädagogik an der **Universität Leipzig** umfasst das Studium:

- im erziehungswissenschaftlichen Bereich mit besonderem Schwerpunkt Sonderpädagogik
- von zwei Förderschwerpunkten und wahlweise
- der Grundschuldidaktik (Gebiete: Deutsch oder Sorbisch, Mathematik, Sachunterricht, Kunst oder Musik oder Sport oder Werken) oder
- in einem studierten Fach für das Lehramt an Mittelschulen.

Als ein Förderschwerpunkt muss gewählt werden:

- o **Lernen** oder **emotionale und soziale Entwicklung** (Beides ist auch kombinierbar.)

<u>und</u>

- o **körperliche und motorische Entwicklung oder**
- o **Sprache oder**
- o **geistige Entwicklung**

Die Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit

red.

BILDUNGSMINISTER WILL FÖRDERSCHULLEHRER VON FÖRDERSCHULEN ABZIEHEN

Blieskastel. Mit großem Erstaunen, ja Entsetzen hat der Verband Sonderpädagogik im Saarland die Aussage des Bildungsministers registriert, Förderschullehrer von Förderschulen abzuziehen. Der Minister hatte dies angekündigt, um damit im Bedarfsfall die Versorgung von Grundschulen mit Förderschullehrern zu sichern. „Der Verband Sonderpädagogik warnt schon seit einiger Zeit davor, die Inklusion überstürzt und mit der Brechstange einzuführen“, stellte der vds-Landesvorsitzende Erich Schwarz dazu fest. Offensichtlich fehlten personelle Ressourcen, um die angekündigte Budgetierung an den Grundschulen zu realisieren. „Dann kann und darf es nicht sein, dass die schon jetzt eher unzureichende personelle Versorgung an Förderschulen noch verschlechtert wird. „Hier sollen an Grundschulen Löcher gestopft werden, und an anderer Stelle entstehen neue Engpässe“, so Schwarz weiter. Dagegen wird sich der Verband Sonderpädagogik vehement wehren.

Pressemitteilung Verband Sonderpädagogik e.V.
Landesvorsitzender Saarland
Erich Schwarz

ERFAHRUNGSBERICHTE

Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen sind dem Aufruf des VDR gefolgt, ihre Erfahrungen zum Thema Inklusion zu schildern. Auch wenn „Inklusion“ offiziell noch keinen Einzug gehalten hat in den Sek I Bereich, so sehen sich doch schon jetzt Lehrer/innen mit der Aufgabe konfrontiert, Schüler/innen mit festgestelltem oder auch nicht festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf in ihre Klassen zu integrieren. Die Berichte wurden von der Redaktion so bearbeitet, dass keine Rückschlüsse auf die betroffenen Personen und Schulen möglich sind.

Unerwartet erhielt ich im laufenden Schuljahr einen „Inklusionsschüler“ in die Klasse. Er wechselte vom Gymnasium auf unsere Schule. Der Schüler litt unter einer Form von Autismus. Laut Aussage der Eltern sei „‚es' bei X gar nicht so schlimm“. Ich sollte bald eines Besseren belehrt werden: Im Unterricht verhielt er sich unmotiviert und störrisch und war trotz einer ausschließlich ihn ständig begleitenden Integrationshelferin nur schwer zum Arbeiten zu bewegen. Glücklicherweise kam es nur zu seltenen Scharmützeln mit seinen Mitschülern, die ihn größtenteils links liegen ließen. (Bereits hier scheiterte der Inklusionsgedanke: Er interessierte sich aufgrund seiner Behinderung nicht für seine Mitschüler und seine Mitschüler interessierten sich nicht für ihn.) Zu dieser Zeit lernte ich auch ein neues Wort kennen, das mir bislang unbekannt war: Enkopresis. Massiv verschärft wurde die Situation nämlich dadurch, dass sich der Schüler regelmäßig einkotete. Zwar sollte der Schüler Windeln tragen, dies wurde aber nur nachlässig von den Eltern kontrolliert. Nach Ankunft des Schülers kam es somit regelmäßig zu unangenehmster Geruchsbelästigung in meiner Klasse. Zwar wurde der Schüler in diesem Fall immer sofort nach Hause geschickt, aber es war dann schon passiert... Zuweilen hatte ich sogar den Eindruck, dass der Schüler sich absichtlich einkotete, weil er wusste, dass er dann nach Hause geschickt wird. Als ich die Geruchsbelästigung einmal in der Klasse vorsichtig thematisierte, meldete sich ein Regelschüler, der den Inklusionsschüler bereits aus früheren gemeinsamen Gymnasialzeiten kannte. Er erklärte mir: „Herr *, das mit X ist hier auf der Schule schon viel besser geworden. Als ich mit ihm auf dem Gymnasium in einer Klasse war, stand im Winter das Fenster offen...“ Mich ekelte der zuweilen in der Klasse herrschende Geruch so sehr, dass ich froh war, wenn ich den Saal wieder verlassen konnte. Mir taten die Schüler und Kollegen leid, die noch in diesem Raum weiter lernen und lehren mussten.

Inklusion ist in aller Munde. Politiker, Wissenschaftler, Lehrerverbände, Lehrer und Eltern diskutieren, argumentieren und spekulieren. Nimmt man eine ablehnende Position ein, so wird man schnell als altmodisch oder gar reaktionär abgestempelt. Während die Erwachsenen sich ihre Köpfe zerbrechen, finden wie so oft die hauptsächlich Betroffenen wenig oder gar keine Beachtung: die Kinder. Im Folgenden möchte ich meine Erfahrungen mit Inklusion schildern, wobei besonderes Augenmerk auf die Situation der Schüler und Schülerinnen gelegt wird. Zu Beginn des Schuljahres übernahm ich eine 5. Klasse als Klassenlehrer, in der ich unter anderem Deutsch unterrichte. Mir war gleich bewusst, dass ich verschiedenen Schülerniveaus gerecht werden musste. Heterogenität sollte bis zu einem gewissen Grad kein Problem für einen Lehrer darstellen, auch angesichts der Tatsache, dass zeitgemäße Lehrwerke entsprechend differenziertes Material bieten, das die Arbeit erleichtert. Man kann Schwächere fördern und Stärkere fordern, ohne entsprechende Lernergruppen zu stigmatisieren. Wie aber geht man mit einem lernbehinderten Schüler um? Wie kann man den besonderen Bedürfnissen des Kindes gerecht werden? Diese Fragen musste ich mir stellen, da ich zum ersten Mal einen Schüler mit Lernbehinderung unterrichten sollte. Selbst Differenzierungsmaterial auf der niedrigsten Anforderungsstufe bereitet ihm Probleme, was sich zum Beispiel in ständigem Nachfragen und nachdrücklichem Mitteilen des Nichtverständnisses auch bei einfachsten Arbeitsaufträgen äußert. Nun ist besagtes Kind jedoch nicht mein einziger Inklusionsschüler, sodass ich – wollte ich jedem spezifischen Defizit gerecht werden – selbst mit Materialien auf vier Anforderungsniveaus nicht ausreichend vorbereitet wäre. Jeder Schüler hat ein Recht darauf, optimal gefördert und gefordert zu werden, jedoch bin ich nicht für die Arbeit mit behinderten Kindern ausgebildet und weiß erst recht nicht, wie ich entsprechend sinnvoll fördern kann. Aber es gibt ja noch einen Förderschullehrer, der diese Aufgabe übernehmen soll. In der Theorie - doch wie gestaltet sich die Realität?

Entweder ist der Förderlehrer in meinem Unterricht anwesend oder er verlässt mit den jeweiligen Schülern den Raum. Im ersten Fall lenken die Gespräche des Lehrers die Mitschüler ab bzw. stören auch beim Unterrichten. Im letzteren Fall werden die Kinder für zum Beispiel Rechen- und Leseübungen aus dem regulären Unterricht abgezogen, verpassen somit große Teile der Lerninhalte und sehen sich in Folgestunden mit noch unverständlicheren und für sie zusammenhangslosen Aufgabenstellungen und Inhalten konfrontiert. So kommt es häufig vor, dass sich die Inklusionsschüler bei mir über ihre erzwungene Abwesenheit beschweren. Wie wirkt dieses Procedere auf die anderen Kinder? Recht schnell bemerkten die Klassenkameraden, dass der Förderlehrer eine Art Hilfe für die entsprechenden Schüler darstellt. Das Verlassen des Raumes gleicht aus Schülersicht ebenfalls einer Sonderbehandlung. Der Inbegriff einer Stigmatisierung: Es gibt die Schüler und die Behinderten. Da hilft leider auch kein Erziehen zu To-

leranz und Miteinander, wenn durch das Schulsystem solch eine Stigmatisierung gewissermaßen erzwungen wird. Bedauerlicherweise spiegelt sich dies gleichermaßen im Umgang des Inklusionslehrers mit den jeweiligen Kindern wider. Für einen individuellen Förderplan fehlt einfach die Zeit bzw. das Personal. Insgesamt gesehen übernimmt die zusätzliche Lehrkraft in wenigen Stunden pro Woche beratende Funktion, von einer individuellen Förderung mit angepassten Lehrplänen und zusammenhängenden Lerninhalten kann nicht die Rede sein.

Versuche meinerseits, die Inklusionsschüler entsprechend in den Unterricht miteinzubeziehen, sie teilhaben zu lassen, ernten im Klassenverband nur genervtes Ächzen und Stöhnen. Wenn sich die Mitschüler über ständige Nachfragen beschweren, genervt sind von – aus ihrer Sicht – vergeudeter Zeit, die für Schüler mit besonderem Förderbedarf aufgebracht werden muss, dann schlägt sich das auch im Klassenklima nieder.

Versetzen Sie sich bitte einmal in die Lage eines Inklusionsschülers. Mangelnde Erfolgserlebnisse, permanente Überforderung, spürbares Anderssein und erlebte Ausgrenzung. Es gibt viele Wege, mit solchen Emotionen umzugehen. In meinem Fall führten und führen diese Emotionen ständig zu physischer und verbaler Gewalt. Es wird getreten, geschlagen, beleidigt und gedroht. Ein Hilferuf? Leider nahmen diese Übergriffe Ausmaße an, die unter Mitschülern für Angst sorgten und mich den schulpsychologischen Dienst einschalten ließen. Nicht zuletzt, da Zeichnungen von besagtem Schüler angefertigt wurden, die man als „Leakings“ interpretieren kann bzw. muss und die auch bei mir ein mulmiges Gefühl verursachten. Ich möchte nicht wissen, wie es um die Gefühlswelt eines Kindes bestellt ist, das unter dem Deckmantel der Inklusion einer oktroyierten, wahnwitzigen Idee förmlich ausgeliefert ist.

Meiner Meinung nach ist das, was man unter Inklusion versteht, eine Illusion, die in der Theorie funktionieren mag, in der Realität aber Menschen benachteiligt und Opfer fordert. Gerne würde ich Ihre Meinung zum Thema Inklusion und auch zu meinem Beitrag erfahren, über weitere Leserbriefe und Erfahrungsberichte würde ich mich sehr freuen.

Karikatur: Evelyn Haase-Klein

Am Ende sind alle Verlierer. die Behinderten, die nicht individuell gefördert werden können, die Begabteren, denen kein auf sie zugeschnittener Unterricht zuteil wird und die Lehrer, die all dies täglich vor Augen haben, aber nicht ändern können. Im Grunde ist fast jeder Satz, den der Lehrer an einen Lernbehinderten richtet für den Begabten verlorene Zeit und jede Bemerkung an den Begabten, die der Behinderte etwa in Mathematik oft nicht mal im Ansatz versteht, kostet diesen Zeit, in der er seinem Vermögen entsprechend gefördert werden könnte, gäbe es nicht diese schwachsinnige Idee mit der Inklusion. Völlig rätselhaft ist mir, wie in solchen Klassen irgendwie vergleichbare Leistungstests gemacht werden sollen. Gibt es vielleicht irgendwann ein Abitur für Lernbehinderte, das etwa das Niveau des Hauptschulabschlusses hat?

Die Grenzen eines inklusiven Unterrichts sind gegeben bei Blinden, Gehörlosen, Schwerst- und mehrfach Körperbehinderten.

Die Grenzen für inklusiven Unterricht sind aber auch erreicht bei einer extremen Spreizung der Verhaltensmuster, z.B. von friedfertigen bis zu notorisch gewaltbereiten Schülern, die zu einer Gefährdung und Diskriminierung von Behinderten führen. Hier kann eine Förderschule mit relativ kleinen Gruppen einen Schutzraum darstellen. Nicht zuletzt hat die Förderschule Verfassungsrang im Saarland.

Inklusiver Unterricht darf aber kein Sparmodell mit dem Ziel der Auflösung der Förderschulen sein. Er muss ausreichend materiell und mit Lehrkräften, Sonderpädagogen, Psychologen und Therapeuten ausgestattet sein. Dem Musik- und Sportunterricht kommt hier eine besondere Bedeutung zu.

Der Schüler Adrian (Name von der Red. geändert) ist seit Sommer 2012 in meiner Klasse Er ist von Anfang an durch sein gewaltbereites Verhalten aufgefallen. Bereits in der 5. Klasse erhielt er zahlreiche Einträge im Klassenbuch; Gründe waren Prügeleien, Konflikte mit anderen Schülern, Respektlosigkeit gegenüber Erwachsenen und Mitschülern und Leistungsverweigerung. Zum Ende des 5. Schuljahres wurde er wegen Anwendung von körperlicher Gewalt gegenüber einem Mitschüler (Eintreten auf den bereits am Boden liegenden Jungen) für 2

Tage aus der Schule ausgeschlossen.
Zu Beginn des aktuellen Schuljahres hielt er sich noch halbwegs an die Regeln, aber bereits nach 3-4 Wochen erfolgte erneut ein Schulausschluss für 2 Tage, nachdem er beim Internetmobbing erwischt worden war.
Insgesamt hat er seit Beginn des Schuljahres 15 Klassenbucheinträge bekommen. Sein Verhalten wurde mit jeder Woche problematischer: Schaukeln, Geräusche verursachen, beleidigen, mit Bemerkungen den Unterricht und die Mitschüler stören, schlafen, in den Pausen, Streit mit anderen suchen, sich schlagen etc.
Er wurde mehrfach nach unmöglichem Verhalten vom Schulleiter des Gebäudes verwiesen, was ihn aber nicht beeindruckte; er hielt sich anschließend noch stundenlang auf dem Schulgelände auf, nahm auch Kontakt zu anderen Schülern auf, die ebenfalls extrem negativ auffallen und erweist sich insgesamt als vollkommen unbelehrbar.
Wie der Vater mir in einem der zahlreichen Telefonate bzgl. Adrian berichtete, ist der Junge bereits nach Ladendiebstahl von der Polizei aufgegriffen worden. Der Vater hat sich ans Jugendamt gewandt und erreicht, dass der Junge in einer Tagesgruppe aufgenommen wurde, wo er nachmittags unter Aufsicht wäre. Inzwischen wissen wir, dass auch die Tagesgruppe nicht Herr über ihn wurde und die weitere Betreuung abgelehnt hat.
Nach einem weiteren Verweis hat er einer Kollegin den Mittelfinger gezeigt, eine Reinigungskraft mit ‚du Hure' beleidigt sowie sich über den Schulleiter lustig gemacht. Mich selbst hat er mit Worten bedroht und beängstigt.
Ihm wohnt meines Erachtens eine äußerst hohe Gewaltbereitschaft inne, die immer öfter zum Durchbruch kommt und eine Bedrohung für die Mitschüler, Lehrpersonen und sich selbst darstellt.
Er fühlt sich vermutlich unverstanden und sicherlich ungeliebt und abgeschoben, nimmt jedoch angebotene Hilfestellung (Schoolworkerin, häufige Gespräche mit LP und Eltern, innerhalb der Klasse usw.) nicht an.
Sein Vater steht der Situation inzwischen vollkommen hilflos gegenüber, da Adrian auch ihm keinerlei Respekt entgegenbringt. Er läuft ständig von zu Hause weg, hält Zeiten und Termine nicht ein, sucht überall Streit und ist komplett so außer Kontrolle geraten, dass der Vater sich erneut ans Jugendamt wenden musste.
In der Schule folgte eine weitere Klassenkonferenz. (Ergebnis: Ordnungsmaßnahme: 2 Wochen Unterrichtsausschluss)
Inzwischen hat der Schüler weitere 16 Klassenbucheinträge erhalten, vorwiegend wegen massiven Störens des Unterrichts und der Mitschüler, widersetzlichem, beleidigendem Verhalten gegenüber Lehrer/innen und Kindern sowie permanenter Arbeitsverweigerung (hat fast überhaupt kein Schulmaterial mehr dabei). Er raucht überdies weiterhin öffentlich und zieht auch andere Schüler in seinen Einflussbereich.
Weiterhin schläft er häufig während des Unterrichts, ist aber mit dem Klingeln immer wieder sofort hellwach, um sich, entgegen der geltenden Regel, in den kleinen Pausen im Schulgebäude zu bewegen. Mehrfach hat er andererseits den Unterricht ohne Erlaubnis verlassen, um sich auch dann in der Nähe weiter aufzuhalten.

Ein stellvertretendes Beispiel für Integration/Inklusion an einer saarländischen Schule:
Klasse 5, 27 SchülerInnen, davon 5 SchülerInnen, die integrativ unterrichtet werden, 2 SchülerInnen, deren Deutschkenntnisse als mangelhaft einzustufen sind.
Folgende Probleme ergeben sich sowohl für IntegrationsschülerInnen als auch für SchülerInnen ohne Behinderung.
Der Förderumfang, der den SchülerInnen zu Gute kommt, ist zu gering. Die SchülerInnen verlassen je nach Förderung den regulären Unterricht für zwei oder mehr Stunden (je nach Förderbedarf), um Defizite auszugleichen. Das bedeutet, dass Inhalte in den anderen Fächern verpasst und somit nachgearbeitet werden müssen. Dies ist aber für die betreffenden SchülerInnen aufgrund ihres Förderbedarfes und den damit einhergehenden Defiziten nicht zu leisten. Darüber hinaus bedeutet die Nacharbeit in einzelnen Fächern auch eine zusätzliche Belastung, der die IntegrationsschülerInnen nicht gewachsen sind. Eine Integration in den regulären Stoffplan wird also zusätzlich erschwert, was doch das eigentlich Ziel der integrativen Maßnahme ist. Zusätzliche Lehrkräfte, die unterstützend helfen könnten, fehlen.
Verbleiben IntegrationsschülerInnen, SchülerInnen mit mangelhaften Deutschkenntnissen, leistungsschwache SchülerInnen und leistungsstarke SchülerInnen im Klassenverband, muss binnendifferenziert werden. Dies bedeutet, es müssen Aufgaben in unterschiedlichen Anforderungsniveaus erstellt werden. Im Unterrichtsverlauf müssen diese dann den Schülern erklärt werden, damit sie die Aufgaben bewältigen können. Eine Kontrolle der unterschiedlichen Aufgaben ist unerlässlich, da sonst kein Lernzuwachs zu erreichen ist. Da aber nur eine Lehrkraft diese Klasse betreut, verbleiben für jeden Schüler in einer Unterrichtsstunde 1,7 Minuten zur individuellen Förderung. Dies reicht auf keinen Fall aus, die SchülerInnen mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten angemessen zu fördern. Soll Integration gelingen, so müssen auch die Rahmenbedingungen auf die neuen Anforderungen zugeschnitten werden.
Eine nachhaltige Förderung der IntegrationsschülerInnen, SchülerInnen mit mangelhaften Deutschkenntnisse, leistungschwacher und leistungsstarker SchülerInnen ist nur möglich, wenn die Klassengröße auf maximal 20 SchülerInnen festgesetzt wird, eine zusätzliche Lehrkraft eingesetzt wird, damit Binnendifferenzierung auch nachhaltig gelebt werden kann. Denn auch leistungsstarken Schülern/Schülerinnen muss es möglich sein, in einer stark heterogenen Gruppe nach ihren Fähigkeiten zu lernen. Auch sie haben ein Recht auf bestmögliche Förderung. Nur so, mit ausreichender Personalisierung, kann das Schulsystem eine nachhaltige individuelle Förderung gewährleisten und Integration gelingen. Integration verlangt nach einer Veränderung der Rahmenbedingungen, so dass individuelles Lernen auch Wirklichkeit werden kann.

LOB FÜR COMMERÇON

Der VDR begrüßt die Entscheidung von Bildungsminister Commerçon, die Einführung der Inklusion an Gemeinschaftsschulen um ein Jahr zu verschieben und die Konzeption noch einmal zu überarbeiten. Damit zeige er bei diesem sensiblen Thema jenes Maß an Besonnenheit, das besonders vom VDR eingefordert wurde. Der VDR hatte zuvor den Entwurf zur Änderung schulrechtlicher Gesetze rundheraus abgelehnt; vgl. Saarbrücker Zeitung vom 30.01.2014 "Am Ende sind alle Verlierer"

Landesvorsitzende Inge Röckelein sagte: "In der Vergangenheit hatte man oft den Eindruck, Bildungspolitik werde gemacht, ohne diejenigen zu beteiligen, die davon unmittelbar betroffen sind. Umso erfreulicher ist es, dass dieses Mal den überzeugenden Argumenten der Lehrerschaft, die im VDR organisiert ist, Gehör geschenkt wurde. Wenn ein Minister, der für Schulen zuständig ist, sich selbst lernfähig zeigt, beweist er Umsicht und Feinfühligkeit. Das verdient Anerkennung"

Pressemitteilung des VDR Saar vom 02.03.2014

REALITÄTSSINN BEWEISEN

Blieskastel. Offensichtlich geht es beim Verein „Miteinander Leben Lernen“ nach dem Motto: Und willst Du nicht mein Bruder sein... Zum Glück gibt es Verbände und Interessenvertretungen, die in Sachen Inklusion noch Realitätssinn beweisen und auf dem Boden der Realitäten bleiben. „Wir haben gesehen, wie man – siehe Bremen – bei überstürzter Einführung ohne Augenmaß die Idee der Inklusion an die Wand fahren kann“, unterstrich der vds-Landesvorsitzende Erich Schwarz. In Bremen etwa stehe man inzwischen vor einem „inklusiven Scherbenhaufen – und die Kinder sind die Leidtragenden“, so Schwarz weiter. Es gibt keinen Verband oder keine Interessenvertretung, die dem vds bekannt ist, welcher an „Stimmungsmache“ interessiert ist. Wer Inklusion mit der Brechstange will, so die Ansicht des vds, wird der Idee Inklusion einen Bärendienst erweisen.

Pressemitteilung des vds 26.02.14 zu: „Eine Art von Stimmungsmache!

Landesvorsitzender:
Erich Schwarz
Am Kirchberg 11, 66440 Blieskastel
Tel.: 06842 7060569
Email:
erich.schwarz@verband-sonderpaedagogik.de

GEBT UNS DIE REALSCHULE ZURÜCK

Mit dieser Forderung verknüpft Ferdinand Knauß seinen Kommentar zu dem Aufruf des Wissenschaftsrates an Abiturienten, eine Berufsausbildung statt eines Studiums zu beginnen.
(vgl. Ferdinand Knauß in: WirtschaftsWoche 15.04.2014; vollständiger Beitrag unter: http://www.wiwo.de/erfolg/campus-mba/bildungspolitik-gebt-uns-die-realschule-zurueck/9766562.html)

Die Empfehlung des Wissenschaftsrats in Person seines scheidenden Vorsitzenden Wolfgang Marquardt zeige auch, „wie fehlgeleitet die gesamte Schulreformpolitik der vergangenen Jahrzehnte war und ist." Denn für junge Menschen, die nach einer fundierten allgemeinbildenden Schulzeit eine qualifizierte Berufsausbildung machen und danach möglicherweise auch an einer Fachhochschule studieren konnten, sei eigentlich die **Realschule** vorgesehen, die gemeinsam mit den berufsbildenden Schulen des dualen Systems das **eigentliche Erfolgsgeheimnis der deutschen Bildungspolitik war.**

Bedauerlicherweise sei die Realschule, die in den meisten Bundesländern in anderen Schulformen aufgegangen ist, **„ein Opfer der blindwütigen** an angelsächsischen Vorbildern orientierten **Reformpolitik"** geworden.

Nun habe also das Gymnasium de facto die Funktion der Realschule mit übernommen als Quasi-Gesamtschule. Doch dafür sei es eigentlich nicht da. **„Die vorbildliche Arbeitsteilung** – bei stets gesicherter Durchlässigkeit **– zwischen Realschulen** für künftige »Macher« in der Wirtschaft **und Gymnasien,** die die »Denker« auf ein wissenschaftliches Studium vorbereiten, hat man **auf dem Altar der Gleichheit geopfert."**

Vielleicht sei es noch nicht zu spät, die letzten institutionellen und ideellen Reste des erfolgreichen, bewährten deutschen Bildungssystems zu retten. „Die Realschule war dessen ganz besondere Stärke. Es wäre gut, sich darauf zu besinnen. Ein Hoffnungsschimmer ist immerhin die allmählich um sich greifende Erkenntnis, dass ein Universitätsstudium nicht der allein selig machende Lebensweg für alle jungen Menschen ist."

red.

JUBILARE DES VDR SAAR

87 Jahre
Karl-Friedrich Müller (10.05.)

83 Jahre
Heinz Jacob (22.04.)

82 Jahre
Agnes Bohlen (15.04.)

65 Jahre
Martha Franzl (18.03.)
Alfred Anton (12.05.)
Renate Müller (18.05.)
Rosemarie Zander-Bost (25.05.)
Gilbert Schirra (31.05.)

60 Jahre
Ulrich Mühlberger (23.03.)
Luise Jacob (27.03.)
Guntram Paulus (01.04.
Sylvia Behet (16.04.)
Richard Kahnt (03.05.)
Inge Röckelein (18.05.)
Fernand Redler (20.05.)
Melanie Jagst (25.05.)

Der VDR gratuliert seinen Jubilaren - auch denen, die nicht genannt werden wollen - recht herzlich!
// Haben wir jemanden vergessen? Bitte entschuldigen Sie unser Versehen. Wir sind dankbar für jeden Hinweis

Deutsche Bank
Private & Business Clients

Der perfekte Berufsstart liegt näher, als man denkt

Ausbildung zur Bankkauffrau/zum Bankkaufmann mit Realschulabschluss?
Die Chancen stehen gut!

Wenn Ihre Schüler die Schule mit der mittleren Reife abschließen, können sie bei uns aus verschiedenen Ausbildungsberufen wählen. Am besten entscheiden sie sich noch dieses Jahr, sich um die Ausbildung zur Bankkauffrau/zum Bankkaufmann mit Start im August 2014 zu bewerben. Voraussetzung sind gute Noten, Spaß am Umgang mit Menschen sowie Interesse an Finanzthemen und Beratung.

In den 2,5 Jahren Ausbildung lernen sie die Theorie und Praxis nachhaltiger und verantwortungsvoller Beratung. Aber es geht nicht nur darum, unsere Auszubildenden „fit“ zu machen. Das Ausbildungskonzept „Lernen. Erleben. Wachsen.“ hilft ihnen auch, sich als Person weiterzuentwickeln.

Weitere Infos und die Möglichkeit zur Online-Bewerbung finden Ihre Schüler auf:
deutsche-bank.de/ausbildung/realschulabschluss
facebook.com/DeutscheBankKarriere

Leistung aus Leidenschaft

AUCH DAS BESTE GESUNDHEITSMANAGEMENT FÜHRT OHNE VERLÄSSLICHE RAHMENBEDINGUNGEN ZUR SELBSTAUSBEUTUNG!

Das Gutachten „Psychische Belastungen und Burnout beim Bildungspersonal“ des Aktionsrats Bildung wurde anlässlich der Veranstaltung „Deutschland hat Zukunft“ im Haus der Bayerischen Wirtschaft am 08. April 2014 in München vorgestellt. Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, begrüßte die Forschungsarbeit, die sich mit der Arbeitsbelastung und der Überlastungsgefahr im Lehrerberuf auseinandersetzt. Die Studienautoren sehen die Lösung hauptsächlich in der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte, denen nur die richtigen Instrumente in die Hand gegeben werden müssten, um Burnout zu vermeiden.

Aufforderung zur kontinuierlichen Selbstausbeutung?

Im Rahmen der Podiumsdiskussion anlässlich der Vorstellung des Gutachtens wies der Lehrerverbands-Präsident aber darauf hin, dass die Etablierung eines Systems zum Gesundheitsmanagement an den Schulen, um den Lehrkräften Zeitmanagement und mehr Strategien für Stressresistenz beizubringen, nicht ausreiche. Wenn an den belastenden Arbeitsumständen im Grunde nichts geändert werde, komme ein solches Gesundheitsmanagement fast schon einer Aufforderung zur kontinuierlichen Selbstausbeutung gleich, betonte Kraus.

Angemessene Ausstattung mit Personal und finanziellen Mitteln fehlt

Er vermisse bei den Vorschlägen der Studienautoren Forderungen an die Politik und die Bildungsadministration, das schulische Bildungssystem angemessen mit Personal und mit finanziellen Mitteln auszustatten. Der DL-Präsident führte weiter aus: „Eine Lehrerausstattung von 110 % an den Schulen könnte dafür sorgen, dass bereits überarbeitete Kollegen nicht noch zusätzliche Stunden für erkrankte Kollegen übernehmen müssen. Erkrankte Lehrkräfte würden nicht noch durch ein schlechtes Gewissen belastet, dass sie ihren Kollegen übermäßigen Stress verursachen, verschleppte Krankheitsverläufe durch zu frühe Arbeitsaufnahme könnten verhindert werden.

Sozialarbeiter, Sonderpädagogen und Schulpsychologen zur Entlastung der Lehrkräfte

Persönliche Probleme von Schülern und belastende Situationen durch Erziehungskonflikte oder Verhaltensstörungen könnten durch eine angemessene Ausstattung der Schulen mit Sozialarbeitern, Sonderpädagogen und Schulpsychologen aufgefangen werden – die Vorstellung, dass Lehrkräfte mit dem richtigen Zeitmanagement diese Aufgaben, für die diese Fachleute jahrelang studieren, einfach nebenbei erledigen können, scheint mir zu kurz gegriffen.“

Auch die geeignetsten, begabtesten, motiviertesten Pädagogen stoßen an ihre Grenzen

In der Studie werde ausführlich auf die Lehrkräfte geschaut – wie sie sich bewusster für ihren Beruf entscheiden müssten, welche Persönlichkeitseigenschaften sie mitbringen und kultivieren sollten: „Doch auch die geeignetsten, begabtesten, motiviertesten Pädagogen stoßen an ihre Grenzen, wenn die Rahmenbedingungen an den Schulen krank machen.

Zukünftige Forschungsarbeiten müssen gesundheitsunterstützenden Faktoren beleuchten

Neben der Personalausstattung und der Finanzierung bedeutete insbesondere der Reformmarathon der vergangenen Jahre in den deutschen Schulsystemen eine große Belastung, die viel Organisation und zusätzliche Arbeit bedeutete – für die Lehrkräfte wäre viel gewonnen, wenn sie sich in Zukunft auf verlässliche Rahmenbedingungen verlassen könnten.“ In zukünftigen Forschungsarbeiten müsse daher ein größeres Augenmerk auf die salutogenen, gesundheitsunterstützenden Faktoren in den schulischen Rahmenbedingungen gelegt werden.

Presseerklärung des Deutschen Lehrerverbandes (DL) zum Gutachten „Psychische Belastungen und Burnout beim Bildungspersonal“ Für den Inhalt verantwortlich: Anne Schirrmacher, Karen Ullrich (DL)

Das Gutachten

"Psychische Belastungen und Burnout beim Bildungspersonal. Empfehlungen zur Kompetenz- und Organisationsentwicklung"

finden Sie unter

http://www.aktionsrat-bildung.de/fileadmin/Dokumente/ARB_Gutachten_Burnout.pdf

VDR SENIORENBEAUFTRAGTE

Liebe Vorsitzende der VDR-Landesverbände,
liebe Referenten und Referentinnen für Senioren,

der VDR-Bundesvorstand hat mich im letzten Jahr zur Seniorenbeauftragten gewählt. Die Einrichtung dieses Referats war notwendig, um in der neu konstituierten Seniorenvertretung des Deutschen Beamtenbundes Sitz und Stimme zu haben und um die steigende Zahl der Pensionisten in den Verbänden auf Bundesebene angemessen vertreten zu können. Ich möchte nun mit Ihnen Kontakt aufnehmen und mich zunächst kurz vorstellen:

In Pension bin ich seit 2007. Ich war als Realschullehrerin für Deutsch/ Geschichte/ Sozialkunde tätig und ab 1997 als Schulleiterin an einer staatlichen Realschule in Bayern. Im Bayer. Realschullehrerverband (brlv) war ich u.a. bis 2003 stellv. Landesvorsitzende, im Hauptpersonalrat des Bayerischen Kultusministeriums war ich für die Gruppe der Lehrer an Realschulen zuständig, von 1998 bis 2011 auch Mitglied im Bundeshauptvorstand des Deutschen Beamtenbundes. Seit meiner Pensionierung bin ich weiter in der Verbandsarbeit aktiv als Mitglied im Hauptvorstand des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), als Referentin im brlv und Redaktionsmitglied der Verbandszeitschrift.

Ich freue mich auf meine neue Aufgabe, die ich im Zusammenwirken mit Ihnen und den VDR-Landesverbänden wahrnehmen möchte. Selbstverständlich werden die meisten Anliegen in den einzelnen Landesverbänden selbständig bearbeitet, zum Teil auch in Verbindung mit Beamten- oder Tarifrecht, aber ein Informations- und Ideenaustausch auf Bundesebene kann wohl für alle von Nutzen sein.

Meine derzeitigen Zielsetzungen sind:

- Aufbau eines Netzwerkes für die VDR-Seniorenvertretung mit Jahrestreffen aus Bundesebene (2014/2015 werden vorbereitet)
- Informationen zu allg. Seniorenthemen wie auch zu Beamtenversorgung und Rente
- unterstützende Maßnahmen zum Verbleib von Senioren in den Landesverbänden

Für diese Ziele benötige ich Ihre Namen und Adressen und bitte daher um eine Meldung direkt an mich: nicklas@brlv.de oder telefonisch oder per Briefpost. Vielen Dank für die Bemühungen.

Aktuelle Meldungen aus der Seniorenvertretung

Neu: Seniorenvertretung im dbb

Der Deutsche Beamtenbund hat im November 2013 auf einem Delegiertentag in Berlin eine eigene Seniorenvertretung eingerichtet, nachdem sich der Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH) auf Bundesebene aufgelöst hat. Vorsitzender wurde Wolfgang Speck ...(vgl. WEITBLICK Februar 2014) Bei den Beratungen standen Fragen zu Rente, Versorgung, Gesundheit und Pflege sowie Altersteilzeit im Mittelpunkt.

Aktuell: Rente und Beamtenversorgung

Nach den derzeitigen Medienberichten wird die Gesetzgebung vorbereitet für

- Rente ab 63
- Erwerbsminderungsrente (bei vorzeitiger Ruhestandsversetzung sollen auch die Lebensjahre vom 60 bis 62 in Anrechnung gebracht werden) und
- erweiterte Mütterrente für Kinder mit Geburtsjahr vor 1992. Ab 1. Juli 2014 soll die Umsetzung erfolgen. Es kann sein, dass für die Mütterrente zunächst ein Abschlag bezahlt wird, da 9,5 Mio Renten neu berechnet werden müssen.

Die Übertragung der Verbesserungen auf die Beamtenversorgung wird von den VDR-Verbänden ebenso wie vom dbb gefordert. Bisher gibt es unterschiedliche Signale. Während Bundesinnenminister Thomas de Maiziere die Übertragung abgelehnt hat, kommen aus dem Bundestag positive Meldungen. Bitte setzen Sie sich über Ihre Landesverbände für eine Gleichbehandlung von Rente und Beamtenversorgung in diesem Fall ein. Schließlich wurden auch alle Verschlechterungen der Rente auf die Beamten übertragen. Im Unterschied zur Rente wird die Altersversorgung der Beamten seit der Föderalismusreform in den Bundesländern eigenständig geregelt.

Christa Nicklas
VDR-Seniorenvertreterin
Schlesierstraße 8, 81669 München,
Tel. 089 / 689 18 15, Fax 089 / 689 28 87
nicklas@brlv.de

Für VDR Senioren und ihre Angehörigen

»Don Carlos«

von Friedrich Schiller (in deutscher Sprache mit französischen Übertiteln)

am Sonntag, 29. Juni um 14.30 Uhr

im Großen Haus des Staatstheaters Saarbrücken

zu einem Superpreis* von 12,50 € in der besten Preiskategorie (1. Rang).

„»Don Carlos« ist ein Polit-Thriller und eine aufwühlende psychologische Studie über einen ungeliebten Sohn."

Anschließend sind unsere VDR Senioren und ihre Angehörigen eingeladen zu einem geselligen Zusammensein bei Kaffee und Kuchen im Foyer des Staatstheaters.

Karten** können ab sofort bis spätestens 17.06.2014 bestellt werden bei Werner Hillen durch Einzahlung des Eintrittspreises von 12,50 € pro Person auf sein Konto: Postbank Saarbrücken, BLZ 590 100 66, Konto-Nr. 149 094 664.
Die Karten werden Ihnen entweder per Post zugeschickt oder am 29.06.2014 vor der Vorstellung am Eingang des Theaters von Werner Hillen direkt ausgehändigt, wenn Sie sich als VDR-Mitglied kenntlich machen.

* Dieser Preis gilt nur für Senioren - mit (Ehe)partner natürlich, auch wenn dieser noch kein Senior ist

** Das Kontingent ist begrenzt. Die Reservierung erfolgt in der Reihenfolge der Einzahlungen.

AUS DEM DBB

Beamtenpensionen: dbb kritisiert „Meinungsmache"

(dbb) Auf scharfe Kritik ist die aktuelle Berichterstattung der „Bild"-Zeitung zum Thema Beamtenpensionen (Ausgabe vom 31. März 2014) beim dbb beamtenbund und tarifunion gestoßen. In einem Brief an den verantwortlichen Redakteur äußert Hans-Ulrich Benra, stellvertretender Bundesvorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik, sein Befremden über dessen Kommentar und Berichterstattung unter der Überschrift „Beamtenpensionen steigen 22-mal so stark wie Renten" und „Geld wächst nicht auf Bäumen!" Der dbb-Vize legt dar, dass die dort getroffenen Aussagen im Ergebnis nicht zutreffen und eine tendenziöse und bewusst wahrheitsverzerrende Wirkung entfalten.

„Die für ein einziges Jahr herausgegriffene (Vergleichs-)Gruppe der Ruhegehaltsempfänger des Bundes umfasst 5,3 Prozent (!) der deutschen Beamtinnen und Beamten im Ruhestand. Deren Bruttobezüge haben sich in den vergangenen 20 Jahren nicht wesentlich besser entwickelt als die Renten (1993 - 2013: VersorgungsempfängerInnen Bund + 32 Prozent/ RentnerInnen + 26 Prozent); die Entwicklung bei den Versorgungsempfängern der Länder ist dagegen überwiegend schlechter. Darüber hinaus sind die vorgenommenen Bruttovergleiche generell nicht aussagekräftig, da die Beamtenversorgung nahezu vollumfänglich versteuert wird, während die Renten für sich genommen überwiegend steuerfrei ausgezahlt werden. Neben den Steuern vermindern sich bei Ruhegehaltsempfängern des Bundes die auszuzahlenden Bezüge um die Beiträge zur beihilfekonformen Kranken- und Pflegeversicherung sowie um einen separaten Abzug für Pflegeleistungen. Bei Berücksichtigung allein dieser Umstände kann von einer plakativen, 22-mal so starken Entwicklung der Ruhegehälter gegenüber den Renten, welche zudem auch auf Laufbahngruppenverlagerungen innerhalb der Bestands der Versorgungsempfänger beruht, nicht die Rede sein. Dies bestätigt auch ein Prüfbericht des Bundesministeriums des Innern aus dem Jahr 2012 zur Entwicklung der Ruhegehälter im Vergleich zu den Renten und stellt einen relativen Gleichklang beider Alterssicherungssysteme seit dem Jahr 2003 fest", schreibt Benra.

Noch deutlicher formuliert Benra in punkto Kommentar der „Bild", der „bewusst und gewollt auf eine ungerechtfertigte Beeinflussung der Leserinnen und Leser" ziele und damit eine Meinungsbildung bewirke, „die sich gegen die deutsche Beamtenschaft und die Institution des Berufsbeamtentums zu richten vermag und die ohnehin vorhandenen Vorurteile noch verstärkt. Dies wird meines Erachtens den Maßstäben an einen verantwortungsvollen Journalismus keinesfalls gerecht, verunglimpft zuvörderst die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger und ist am Ende geeignet, einen Keil in die deutsche Gesellschaft zu treiben und sozialen Unfrieden zu säen", so der dbb-Vize. Nicht minder kritikwürdig sei es, dass die Berufsgruppe der heutigen Pensionärinnen und Pensionäre ins Abseits gestellt und dabei völlig unerwähnt gelassen werde, „welche Leistungen diese Kolleginnen und Kollegen beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland oder auch der Herstellung der Einheit Deutschlands 1990 erbracht haben.

MITGLIEDSANTRAG

Werden Sie jetzt Mitglied des VDR Saar.

Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum VDR Saar e.V.

Inge Röckelein
Asternweg 4
66265 Heusweiler

Name, Vorname

Straße

PLZ | Ort

Telefon | E-Mail

Geburtsdatum | Schule

Dienstbezeichnung | Stundenzahl

☐ beamtet ☐ angestellt ☐ Referendar bis (voraussichtlich)

Änderungen teile ich dem VDR-Saar mit.

Ort, Datum | Unterschrift

Einzugsermächtigung

Gleichzeitig ermächtige ich den VDR – Landesverband Saar, bis auf Widerruf die von mir zu entrichtenden Beiträge bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Geldinstitut | Ort

IBAN | BIC

Sollte mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweisen, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstitutes keine Verpflichtung zur Einlösung. Diese Ermächtigung ist jederzeit schriftlich widerrufbar.

Ort, Datum | Unterschrift

Als Werbegeschenk wird gewünscht

☐ Thermosbecher ☐ Schreibset

Jahresbeiträge

mehr als 16 Unterrichtsstunden:	**100 Euro**
weniger als 16 Unterrichtsstunden:	**65 Euro**
Pensionäre:	**60 Euro**
Lehramtsanwärter, Studenten:	**30 Euro**

Ermäßigung bei Lastschriftverfahren: 2,50 Euro/Jahr

Geworben von:

Name, Vorname

Straße

PLZ | Ort

Mit dem Beitritt zum VDR werden Sie ohne weitere Kosten Mitglied im Deutschen Lehrerverband (DL) und im Deutschen Beamtenbund (dbb). Außerdem bieten wir Rechtsschutz in Verbindung mit dem dbb.

IMPRESSUM

WEITBLICK – Das Magazin des Verbandes der Lehrkräfte an weiterführenden Schulen

Ausgabe 02/2014
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

www.vdr-saarland.de

Herausgeber
VDR Saar
Verband der Lehrkräfte
an weiterführenden Schulen

Landesvorsitzende
Inge Röckelein
Asternweg 4
66265 Heusweiler
Telefon 06806/60 83 35
i.roeckelein@gmx.de

Redaktion
Heike Harig *(Chefredakteurin)*
Forsthausstr. 5, 66540 Neunkirchen
Tel. 06821/9516584
hari2101@freenet.de

Monika Jung-Ries *(Redakteurin)*
Sachsenweg 11, 66540 Neunkirchen
Tel. 06821/361013
monika.jung-ries@t-online.de

Druck und Anzeigenverwaltung
AWO Sozialpädagogisches Netzwerk
– Projekt Faltblatt –
Gutenbergstr. 3
66280 Sulzbach
Fon: 06897/55244
Fax: 06897/567232
faltblatt@faltblatt-sulzbach.de
ISSN 2195-7622

Zuschriften
Die Einsender von Manuskripten, Briefen o. ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung durch den VDR einverstanden.
Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Bilder kann keine Verpflichtung seitens des VDR übernommen werden.

Für die mit Namen oder Kürzel gekennzeichneten Beiträge trägt allein der Autor die Verantwortung. Sie geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Nachdruck, auch auszugsweise, gerne, aber nur mit Genehmigung.

Titelfoto: Laurent Laveder
Sites Internet :
laurentlaveder.com et pixheaven.net

Das Sparkassen-Girokonto:
das Konto, das einfach alles kann.

16000 Geschäftsstellen, 25000 kostenfreie Geldautomaten und viele Service-Extras wie Mobile-Banking der neuesten Generation.* www.girokonto-saarland.de

Keine Umstände: Das Sparkassen-Girokonto bietet die meisten Geldautomaten in Deutschland, erstklassige Beratung und komfortables Mobile-Banking. Und mit der SparkassenCard mit girogo zahlen Sie bei teilnehmenden Händlern ganz einfach kontaktlos – quasi im Vorbeigehen. Mehr Infos in Ihrer Geschäftsstelle. **Wenn's um Geld geht – Sparkasse.**

*Jeweils Gesamtzahl bezogen auf die Sparkassen-Finanzgruppe. Buchungsentgelte bleiben unberührt.

Jetzt informieren:
Telefon 06893-987688

Das Leben ist nicht immer planbar. Ihre private Vorsorge schon.

Nutzen Sie die ausgezeichneten Lösungen für den perfekten Start in eine gesunde Beamtenlaufbahn. Leistungsstark, passgenau und flexibel.

BONUS CARE BA – die private Krankenversicherung für Beamtenanwärter

- Individuelle Absicherung zur Beihilfe
- Zweibettzimmer mit Chefarztbehandlung
- inkl. Kieferorthopädie und Zahnersatz
- Geld zurück – bis zu 6 Monatsbeiträgen

DEUTSCHE PRIVAT PFLEGE – die private Pflegeversicherung

- Ohne Altersbegrenzung
- Leistung ohne Kostennachweis
- Versicherung für alle Pflegestufen
- 24-Stunden-Pflegeplatzgarantie

Wir beraten Sie gerne:
Holger Horn, Beauftragter des ÖDMV
Amselweg 11, 66130 Saarbrücken
Mobil: 0173-3779163, horn.holger@mv-adp.de

Ein starker Partner: MÜNCHENER VEREIN VERSICHERUNGSGRUPPE Der Generationen-Versicherer

ÖDMV
Mein Versorgungswerk e.V.
für den Öffentlichen Dienst

Unsere Stärke für Ihre Zukunft